



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2000

Federführend ist der Innenminister

Verfassungsschutzbericht

2000

Vorbemerkung:

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2000, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

Inhalt

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	6
1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle	6
2 Organisation, Personal, Haushalt	8
II. RECHTSEXTREMISMUS	9
1 Überblick	9
2 Im Mittelpunkt: Verflechtung von „Nationaldemokratischer Partei Deutschlands“ (NPD), freien neo-nationalsozialistischen Kräften und Skinheads in Schleswig-Holstein; Bedeutung des Internet.....	10
2.1 Verbotsantrag gegen die NPD	10
2.2 Gewaltbereite Neo-Nationalsozialisten übernehmen die Macht im schleswig-holsteinischen NPD-Landesverband.....	13
2.3 Der Aufbau neo-nationalsozialistischer Strukturen in Schleswig-Holstein am Beispiel des „Club 88“ in Neumünster.....	15
2.4 „Anti-Antifa“-Arbeit als Identität stiftendes Element der Neo-Nationalsozialisten im Großraum Pinneberg – Elmshorn.....	16
2.5 Hinweise auf eine zunehmende Gewaltbereitschaft	18
2.6 Rechtsextremismus im Internet	19
3 Organisationen und unstrukturierte Zusammenschlüsse im Einzelnen.....	20
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	20
3.2 Neo-Nationalsozialisten.....	22
3.3 Subkulturelle Zusammenschlüsse.....	25
3.4 „Deutsche Volksunion“ (DVU).....	28
3.5 „Die Republikaner“	29
3.6 „Bündnis Rechts“ (BR)	30
3.7 „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (AfdP).....	30
3.8 Personenkreis um André Goertz, Halstenbek	31
4 Verlage.....	31
5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1998 bis 2000	33
III. LINKSEXTREMISMUS.....	34
1 Überblick	34
2 Gewaltbereiter Linksextremismus.....	35
2.1 Autonom-anarchistische Szene.....	35
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	35
2.1.2 Selbstverständnis und Strategien.....	37
2.1.2.1 Ideologische Grundlagen.....	37
2.1.2.2 Strukturen und Vernetzung.....	38
2.1.2.3 Bündnisbestrebungen	39
2.1.2.4 Gewalt als Mittel zur Verfolgung politischer Ziele	41
2.1.2.5 Sonderfall „Avanti“	43
2.1.3 Aktionsfelder.....	45
2.2 „Anti-Imperialisten“	47

3 „Rote Hilfe e. V.“	48
4 Dogmatischer Linksextremismus	49
5 Linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten	50
6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1998 bis 2000	51
 IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	 52
1 Überblick	52
2 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).....	54
2.1 Fortsetzung ihres gemäßigten Kurses	54
2.2 Organisation und Anhängerschaft	55
2.3 Aktivitäten	55
2.4 Straf- und Exekutivmaßnahmen	56
3 Linksextremistische türkische Organisationen.....	57
4 Islamischer Extremismus.....	59
4.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG)	60
4.2 „Kalifatstaat“ - vormals „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln“	62
5 Iranische extremistische Oppositionsgruppen – „Nationaler Widerstandsrat Iran“ (NWRI)	63
6 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1998 bis 2000	64

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (unter anderem Personalausweisgesetz, Passgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen setzt z. B. das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses für Eingriffe in diese Grundrechte.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Unter Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind politisch motivierte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen oder Betätigungen von Organisationen, unorganisierten Gruppen, aber auch von einzelnen Personen zu verstehen, die sich gegen Grundprinzipien der Verfassungsordnung richten. Hinzu kommen muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber diesem Grundbestand von Werten und Rechten unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung. Derartige Bestrebungen werden als „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ bezeichnet. Eine nur wertneutrale oder kritische Haltung dem Staat gegenüber ist nicht Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Observation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Mit den Informationen können die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. Die Erkenntnisse können die Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Sammlungen, Informationsstände).

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Der Verfassungsschutz ist ausschließlich zur Erhebung und Verarbeitung von Informationen befugt; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrolle wird in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Verfassungsschutz, aber auch von den Gerichten, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof und der Öffentlichkeit wahrgenommen.

2 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz, Geheim- und Sabotageschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechtsextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Linksextremismus und Ausländerextremismus, Spionageabwehr.

In der Verfassungsschutzabteilung sind zurzeit 68 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Schreib- und Verwaltungskräften tätig.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2000 1.232.900 Millionen DM an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Die Personalkosten werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die Zahl der Mitglieder der rechtsextremistischen Szene in Schleswig-Holstein hat sich gegenüber 1999 kaum verändert. Sie liegt nach wie vor zwischen 1.400 und 1.500. Dies entspricht dem Bundestrend; bundesweit liegt die Zahl praktisch unverändert bei rund 51.000.

Die „Deutsche Volksunion“ mit ihren nach wie vor rund 700 Anhängern hat in Schleswig-Holstein weiter an politischer Bedeutung verloren. 1992 war sie mit 6,3 % Stimmenanteil in den Landtag eingezogen, 1996 hatte sie den Wiedereinzug knapp verpasst, 2000 trat sie zur Landtagswahl im Februar nicht mehr an. Ihr Vorsitzender Dr. Frey hatte sich keine Chancen mehr ausgerechnet. Die Partei entfaltet derzeit in Schleswig-Holstein keine politischen Aktivitäten.

Auch die „Republikaner“ mussten auf die Teilnahme an der Landtagswahl verzichten, da es ihnen trotz mehrerer Versuche nicht gelungen war, einen beschlussfähigen Wahlparteitag durchzuführen.

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) trat zwar zur Wahl an, konnte aber trotz der fehlenden Konkurrenz im rechtsextremen Lager nur 1,0 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

Angeichts der anhaltenden Erfolglosigkeit der rechtsextremen Parteien sahen sich diejenigen Kräfte bestätigt, die sich für das „nationale Lager“ eine Chance auf die Erringung der Macht ohnehin nur „außerhalb der Spielregeln des Systems“ ausrechnen. Diese Kräfte finden sich im radikalen Flügel der NPD und in den „Freien Kameradschaften“ neo-nationalsozialistischer Aktivisten. Für beide Gruppen, die sich zunehmend miteinander verflochten haben (Neo-Nationalsozialisten wurden zur bestimmenden Kraft im schleswig-holsteinischen Landesverband der NPD), wurde die weiter angewachsene rechtsextrem orientierte Skinhead-Subkultur zum wichtigsten Rekrutierungsfeld für „revolutionäre Kader“.

Diese Subkultur hat mittlerweile bundesweit rund 10.000 Anhänger (1991: 4.200). In Schleswig-Holstein stieg die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 20 % von 300 auf nunmehr 360. Die radikalen Kräfte, die sich somit aus Skinheads und selbst ernannten „Freien Nationalisten“ zusammensetzen und die in einer Art Symbiose mit dem schleswig-holsteinischen Landesverband der NPD leben, stellen derzeit etwa ein Drittel des rechtsextremistischen Personenpotenzials. Die Unterschiede zur in den Vorjahren beobachteten Situation liegen vor allem in einer erhöhten Aggressivität und ständigen Aktionsbereitschaft einer stark verjüngten Szene, die im Gegensatz zu den Achtziger- und frühen Neunzigerjahren auch ohne Stichwortgeber aus anderen Bundesländern handlungsfähig sein will. Der „Kampf um die Straße“, das heißt der Kampf um die öffentliche Wahrnehmung und um politische Räume, ist zum Bindeglied dieser Kräfte geworden. Entsprechend angestiegen sind Provokationsbereitschaft und Militanz, wie im Anstieg der Straftaten insgesamt und im Anstieg der Gewalttaten im Besonderen deutlich wird.

Die Kristallisationspunkte in der Auseinandersetzung dieser Kräfte mit dem Staat, aber auch mit politischen Gegnern in Schleswig-Holstein lagen im Großraum Pinneberg – Elmshorn und in Neumünster. Hinweise auf sich verfestigende Strukturen gab es aber auch in anderen Landkreisen, vor allem in der südlichen Hälfte Schleswig-Holsteins.

2 Im Mittelpunkt: Verflechtung von „Nationaldemokratischer Partei Deutschlands“ (NPD), freien neo-nationalsozialistischen Kräften und Skinheads in Schleswig-Holstein; Bedeutung des Internet

2.1 Verbotsantrag gegen die NPD

Die zunehmende bundesweite Verflechtung von NPD, „Freien Kameradschaften“ und Subkultur stärkte im vergangenen Jahr die Überzeugung, dass diesem militanten fremdenfeindlichen und antidemokratischen Lager die ihm durch die NPD zugewachsene formale organisatorische Grundlage entzogen werden müsse. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen, die Verfassungswidrigkeit der NPD festzustellen. Die Partei hatte sich in den letzten Jahren

zu einer neonazistisch, rassistisch und antisemitisch orientierten Partei entwickelt, die ihre Ziele in zunehmendem Maße aktiv kämpferisch und aggressiv zu erreichen versucht und ihre Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus kaum noch verschleiert.

Noch Mitte der Neunzigerjahre stand die Partei vor dem Zusammenbruch. Die Mitgliederzahl war auf 3.200 Personen gesunken und setzte sich zum größten Teil aus Alt-NPD'ern zusammen, die der Partei schon seit ihrer Gründung angehörten. In ihren Bemühungen bei Wahlen um die Mobilisierung der Protestwählerpotenziale in der Bevölkerung unterlag sie regelmäßig den mit ihr um diese Klientel konkurrierenden Parteien „Deutsche Volksunion“ und „Die Republikaner“. Die NPD verstand es bis dahin auch nicht, Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Dies wurde insbesondere am Zerfall ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ und am „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ deutlich, der praktisch nur noch auf dem Papier existierte.

Der neue Kurs der NPD, der schließlich zum Verbotsantrag führte, wurde durch die programmatische Neuorientierung nach der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden Udo Voigt im Jahre 1996 ausgelöst. Sie sollte gezielt neue Mitglieder für die Partei gewinnen und dazu vor allem

- die Orientierungslosigkeit der ehemaligen Mitglieder der bis Mitte der Neunzigerjahre zahlreich verbotenen neo-nationalsozialistischen Organisationen und
- die zunehmende Politisierung der latent gewaltbereiten rechtsorientierten Jugend-Subkultur (Skinheads)

ausnutzen.

Die hierdurch ausgelöste Entwicklung führte zur Verdoppelung der Mitgliederzahlen und zur Verjüngung der Partei, die nun bei Großveranstaltungen wieder mehrere tausend Teilnehmer auf die Straße zu bringen vermochte. Für die neue Parteilinie steht die Forderung des damaligen Bundesorganisationsleiters der NPD Holger Apfel aus dem Jahre 1998: „Radikale Probleme bedürfen radikaler Lösungen!“. „Die Zeit für nationale

Weichspüler-Politik, die Zeit der Leisetreteri“ müsse endgültig vorbei sein. Infolge der „sozialen Verelendung der Deutschen“ und der Massenarbeitslosigkeit sei „natürlich klar, dass nur durch den gleichzeitigen Druck der Straße und einer radikalen Bewegung in den Parlamenten als Sprachrohr der nationalen Opposition des Volkes Wut nicht sinnlos verpufft, sondern zu wirklichen Systemveränderungen führt!“. Die Systembeseitigung sollte auf drei strategischen Säulen aufgebaut sein:

- Programmatik – Schlacht um die Köpfe,
- Massenmobilisierung – Schlacht um die Straße,
- Wahlteilnahme – Schlacht um die Wähler.

Insbesondere die Idee der „Schlacht um die Straße“, die Anhänger „Freier Kameradschaften“ und Skinheads als „politische Soldaten“ für die „gemeinsame nationale Sache“ mobilisieren konnte, brachte eine neue, auf die Einschüchterung politischer Gegner zielende und politische Gewalt rechtfertigende Linie in die Parteistrategie. Der Parteivorsitzende Voigt kalkulierte für die angestrebte Machtübernahme das latent gewaltgeneigte Protestpotenzial bewusst ein, als er bereits im Oktober 1997 erklärte, mobilisierbar seien nicht „vernünftige Bürger“, sondern in erster Linie junge Menschen, die um ihre berufliche Zukunft und ihr nationales Selbstwertgefühl betrogen würden, wie z. B. Skinheads. Auch im Jahr 2000 griff er seine Ideen von einer Massenmobilisierung auf dem von der NPD veranstalteten „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai in Passau in besonders scharfer Form wieder auf. Er machte deutlich, dass sich die NPD auch weiterhin als (Wahl-) Partei verstehe, um neue Mitglieder und Anhänger zu gewinnen, sich gleichzeitig aber der Methoden einer „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) bedienen müsse, um Erfolg zu haben. Durch „das Zusammenspiel beider Kräfte“, das Abgeordnetenmandat und die „Nationale APO“ (NAPO), werde man „dann in der Lage sein, das politische System zu überwinden“.

In Norddeutschland fielen die Ideen von Udo Voigt auf besonders fruchtbaren Boden. Die zunehmende Präsenz schleswig-holsteinischer Neo-Nationalsozialisten und rechtsorientierter Subkulturkreise auf der Straße ist auch eine Folge der Politik einer radikalisierten NPD. Gleichzeitig hat die Partei jedoch erhebliche interne Spannungen zwi-

schen älteren gemäßigten und jüngeren kompromisslosen Kräften zu verarbeiten, die sich vor allem in der Auseinandersetzung um die Frage zeigen, ob die Partei sich angesichts der Verbotsanträge um einen gemäßigteren Kurs bemühen müsse oder nicht.

2.2 Gewaltbereite Neo-Nationalsozialisten übernehmen die Macht im schleswig-holsteinischen NPD-Landesverband

Der Wandel der NPD zu einer auf revolutionäre Systemüberwindung gerichteten Partei wird an der Entwicklung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes in besonderer Weise deutlich. Auf einem turbulenten Landesparteitag am 14. Oktober in Tönning, auf dem der Neo-Nationalsozialist Jürgen Gerg, Lübeck, zum Landesvorsitzenden gewählt wurde, war auch der überwiegende Teil des Vorstandes mit Weggefährten aus dem neo-nationalsozialistischen Lager der freien Kräfte besetzt worden. Zwei der drei stellvertretenden Vorsitzenden sind wegen Gewaltdelikten vorbestraft. Das „Aktionsbüro Norddeutschland“, das als Sprachrohr der führenden norddeutschen Neo-Nationalsozialisten des Umfeldes um Worch und Wulff gilt, kommentierte die Wahl mit folgender Erklärung:

„Damit ist der Landesvorstand in Schleswig-Holstein nun fest in der Hand von Kameraden, die eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen revolutionären Kräften des Nationalen Widerstandes längst bewiesen haben und auch weiterhin gewährleisten werden!“

Diese gut vorbereitete Machtübernahme der freien Neo-Nationalsozialisten fand in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Udo Voigt und des vom Links- zum Rechts-extremisten konvertierten Berliner Rechtsanwaltes Horst Mahler statt, die keine Anstalten machten, die Entwicklung aufzuhalten und damit zu verstehen gaben, dass sie die Zukunft der Partei in einer radikaleren Ausrichtung sehen. Der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz hatte bereits 1999 vergeblich versucht, Gerg aus der Partei auszuschließen. In der Publikation „Zentralorgan“ (Nr. 8/99) hatte Gerg seine politischen Vorstellungen nicht verhehlt:

„Selbstverständlich ist auch die NPD als Partei nur ein Mittel zur Durchsetzung unserer Weltanschauung... Noch sehe ich allerdings gute Möglichkeiten, die derzeitigen Machtverhältnisse innerhalb der NPD zu unse-

ren Gunsten, sprich zum Vorteil der gesamten Bewegung, zu beeinflussen.“

Nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden präsentierte Gerg sein siebenseitiges „Zukunftskonzept bis zum Jahr 2005“. Dessen Eckpunkte sind

- der Aufbau eines landesweit agierenden „Ordnerdienstes“, aus dem lokale „Ordnergruppen“ entstehen sollen (das historische Vorbild SA ist offenkundig),
- langfristige Eigenfinanzierung durch „national befreite Zonen“ (hier verstanden als eigene Betriebe und Unternehmen) und
- Demonstrationen und öffentliche Kundgebungen, da „durch sie mit wenig Aufwand viel Aufmerksamkeit erzielt werden kann“.

Im „Zukunftskonzept“ wird detailliert ausgeführt, wie durch ständige öffentlichkeitswirksame Demonstrationen in schleswig-holsteinischen Kleinstädten insbesondere Jugendliche an die Partei gebunden werden sollen, um die Basis der Partei im Lande zu verbreitern.

Stawitz gelang es zwar, den Vorstandswechsel von Tönning zunächst unter Berufung auf die Verletzung von Formvorschriften in der Schwebe zu halten und den Bundesvorstand zur Verhängung des so genannten organisatorischen Notstandes über den Landesverband Schleswig-Holstein zu bewegen. Der Landesvorsitzende der NPD Mecklenburg-Vorpommern, Rechtsanwalt Dr. Eisenecker, wurde mit der kommissarischen Leitung des Landesverbandes beauftragt. Unter Mitwirkung Horst Mahlers wurde ein geschäftsführender Landesvorstand gebildet.

Eisenecker und vor allem Mahler haben jedoch intern immer wieder erkennen lassen, dass sie die Zukunft der NPD im Zusammengehen mit den jüngeren radikalen Kräften sehen. Wie stark deren Position im Landesverband letztlich sein wird, wird sich bei der Wiederholung der Vorstandswahl im Frühjahr zeigen.

Die in Schleswig-Holstein von Gerg zum Programm erklärte neo-nationalsozialistische Basisarbeit findet sich auf Bundesebene in der im Jahr 2000 ins Leben gerufenen „Revolutionären Plattform“ wieder, einem Zusammenschluss radikaler Kräfte, in dem Gerg und andere Lübecker Neo-Nationalsozialisten ebenfalls Funktionen inne haben (siehe dazu unter Nr. II 2.1).

2.3 Der Aufbau neo-nationalsozialistischer Strukturen in

Schleswig-Holstein am Beispiel des „Club 88“ in Neumünster

Auch die Entwicklung des „Club 88“ in Neumünster ist im Kontext mit den beschriebenen Veränderungen im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus zu sehen. Seit seiner Gründung am 28. September 1996 war der Club ein Treffpunkt der zunächst nur geringfügig ideologisierten Skinheads in Schleswig-Holstein. In den ersten Jahren diente er in erster Linie der Freizeitgestaltung der Szene-Angehörigen. Politische Inhalte spielten eine untergeordnete Rolle. Im Laufe des Jahres 1999 ließen der Club und seine Inhaberin sich dann in das neo-nationalsozialistische Netzwerk Norddeutschlands einbinden, das durch die so genannten Freien Nationalisten aus dem Umfeld der Hamburger Worch und Wulff dominiert wird. Zunächst wurde dies durch eine Präsenz des Clubs in der inzwischen verbotenen neonazistischen Publikation „Hamburger Sturm“ deutlich. Allmählich wurde der Club zur überörtlichen Anlaufstätte auch der neo-nationalsozialistischen Szene. Die Rolle, die die „Freien Nationalisten“ dem „Club 88“ zugedacht hatten, spiegelt sich in der andauernden Internet-Präsenz des Clubs auf der Internet-Homepage der „Freien Nationalisten“ wider. Die Absicht der Aktivisten im „Club 88“, die offiziell als Gaststätte geführte Einrichtung für verfassungsfeindliche Zwecke zu nutzen, ergibt sich auch aus einem Flugblatt, in dem der Club sich als „Anlaufpunkt insbesondere für die junge nationale Jugendkultur“ bezeichnete, „ohne die der tägliche politische Kampf gegen das System sinnlos wäre“. Die Einbindung in den oben dargestellten „Kampf um die Straße“ der NPD zeigte sich, als der „Club 88“ auf dem „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai in Passau mit einem eigenen Infostand in der „Straße des Widerstands“ auftrat. Vorher war im Club intensiv für die Teilnahme an dieser Veranstaltung geworben worden.

Das Interesse Jugendlicher und junger Erwachsener aus Kreisen rechtsorientierter Subkulturgruppen nahm kontinuierlich zu. Mitte des Jahres 2000 wurde in politischen Gremien und der Öffentlichkeit intensiv über die vom „Club 88“ ausgehende Bedrohung diskutiert. Nach dem Versuch der Stadt Neumünster, der Inhaberin die Schankerlaubnis zu entziehen und damit die Schließung zu erreichen, kam es am 2. und am 16. September in der Innenstadt von Neumünster zu Solidaritätsdemonstrationen mit 350 und 450 Rechtsextremisten, die zum Teil aus dem Süden der Bundesrepublik angereist waren. Die für Schleswig-Holstein hohen Teilnehmerzahlen machen den Bekanntheitsgrad des Clubs deutlich. Das „Freie Info-Telefon“, das Sprachrohr der „Freien Nationalisten“, erklärte in seiner Ansage am 28. September in Anlehnung an das NPD-Vokabular, der „Club 88“ habe die erste Schlacht siegreich gewonnen.

Während der öffentlichen Diskussion über die Zukunft des „Club 88“ konnte eine erhöhte Anziehungskraft auch auf Angehörige der schleswig-holsteinischen Skinhead-Szene beobachtet werden. In Neumünster wurden gegen Ende des Jahres verstärkt Gewalttaten gegenüber Ausländern begangen. Einige der Tatbeteiligten gehörten zumindest zu den Besuchern des „Club 88“. Die aufgeheizte Stimmung, einhergehend mit zunehmender Gewaltbereitschaft, wurde zuletzt am 2. Dezember deutlich, als etwa 20 Clubbesucher, angeführt von einem Neo-Nationalsozialisten, der sowohl dem suspendierten NPD-Landesvorstand als auch der Skinhead-Szene angehört, versuchten, eine geschlossene Veranstaltung gegen Rechtsextremismus in der dem Club gegenüberliegenden Schule zu stören. Trotz anwesender Polizeikräfte versuchten einige Rechtsextremisten, sich mit Gewalt Zugang zum Schulgebäude zu verschaffen.

2.4 „Anti-Antifa“-Arbeit als Identität stiftendes Element der

Neo-Nationalsozialisten im Großraum Pinneberg – Elmshorn

Die wieder zunehmende Bedeutung der „Anti-Antifa“, mit der Rechtsextremisten seit Jahren die „Anti-Faschismus-Arbeit“ militanter Linksextremisten kopieren, wurde bereits im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1999 dargestellt. Während die Aktivitäten der „Anti-Antifa“ in früheren Jahren einen eher propagandistischen als operativen Charakter hatten, ist in der Region Pinneberg – Elmshorn im Selbstverständnis der Szene die de-

monstrative Herausforderung „der Linken“ und des Staates in den Vordergrund getreten. An deren Reaktionen versucht sich die dortige Szene aufzubauen. Motor dieser Entwicklung ist, neben anderen Gruppen aus der Region, die so genannte Kameradschaft Pinneberg, ihre seit Anfang 1999 registrierten Aktivitäten sind nach Gründung eines „Bündnis gegen Rechts“ und einer konzertierten Plakataktion „Keine Neonazis in Elmshorn und anderswo“ weiter angestiegen. Neben zahlreichen rechtsextremistischen Plakataktionen wurden auch Straftaten zum Nachteil führender Bündnismitglieder begangen. Die gezielte Herausforderung von Gegenreaktionen wurde nach einer am 5. Februar in Elmshorn durchgeführten Demonstration zum Thema „Keine staatliche Förderung linker Gewalt – Weg mit dem Bündnis gegen Rechts“ deutlich. Im „Freien Info-Telefon“ hieß es:

„Von wo die Gewalt ausgeht, davon konnte man sich nach Ende der Demonstration am Elmshorner Bahnhof wieder mal überzeugen: Eine Horde roter Chaoten wollte sich wohl noch ein wenig austoben, sie trafen aber auf eine entschlossene Gegenwehr vieler Kameraden, so dass der linke Pöbel geschlagen den Rückzug antreten musste.“

Das Ziel der Einschüchterung trat in den Vordergrund, als bei einer so genannten Kopfgeldauslobung gegen einen Gewerkschaftssekretär aus Elmshorn 10.000 DM Belohnung „tot oder lebendig“ auf ihn ausgesetzt wurden. Die Urheber der „Anti-Antifa“-Aktivitäten haben in der Region eine beträchtliche Anzahl von Nachahmern gefunden. Da die Idee der „Anti-Antifa“, den politischen Gegner angreifbar zu machen, darauf hinausläuft, Gesinnungsfreunde zu Gewalttaten zu animieren, ist gerade in diesen neo-nationalsozialistischen Aktivitäten eine besondere Gefährdung für die Innere Sicherheit zu sehen.

Faktisch ist auch die den Kern der rechtsextremistischen Bestrebungen in der Region Pinneberg – Elmshorn darstellende „Kameradschaft Pinneberg“ als Projekt des „Nationalen Widerstandes“ anzusehen, das ideologisch von dem Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch dominiert wird. Auf seine Hilfe sind die gewaltgeneigten, aber politisch unbedarften regionalen Führungspersonen bei der Vorbereitung von Demonstrationen und auch der Durchführung, bei der sie ihn als Redner benötigen, angewiesen. Weitere Unterstützung erfährt die Szene von „Freien Nationalisten“ aus Schleswig-Holstein.

2.5 Hinweise auf eine zunehmende Gewaltbereitschaft

Die Zahl der aus rechtsextremistischer Motivation verübten Gewalttaten hat im Jahr 2000 zugenommen. Auf Bundesebene stieg die Zahl von 746 im Jahr 1999 auf 998 im Jahr 2000, in Schleswig-Holstein von 24 auf 35.

Auch die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten insgesamt, bei der es sich überwiegend um Delikte wie Schmieren von Hakenkreuzen und SS-Runen oder verbale Propagandadelikte handelt, nahm bundesweit von 10.037 in 1999 auf 15.951 zu, in Schleswig-Holstein von 402 auf 860.

Ein weiterer Indikator für die bundesweit vorhandene Gewaltbereitschaft waren zahlreiche Waffenfunde bei Rechtsextremisten, unter anderem:

- Kleinkaliber mit Zielfernrohr, Schalldämpfer und Munition bei einem Neonazi am 13. Mai in Berlin,
- Rohrbombe bei einem Neonazi am 10. Juni in Berlin,
- Sprengstoff, Waffen und Waffenteile mit Munition bei Mitgliedern der „Skinheads Sächsische Schweiz“ am 24. Juni,
- Schusswaffen und Munition bei einem Neonazi in Potsdam am 9. Juli.

In Schleswig-Holstein gab es zwei Waffenfunde. Unter anderem führte ein „Freier Nationalist“, der gleichzeitig dem suspendierten NPD-Landesvorstand angehört, beim Betreten einer Kieler Diskothek eine Pistole sowie zwei Magazine mit 13 Patronen mit sich.

Besorgnis erregend ist auch, dass in letzter Zeit wiederholt Polizeibeamte bei der Auflösung von Skinhead-Konzerten angegriffen wurden. Im August hieß es auf einer Inter-

net-Homepage der inzwischen verbotenen „Blood & Honour“-Bewegung:

„Teilweise verummte Polizeieinheiten mit Bürgerkriegsausrüstung stürmten, beim derzeitigen Stand der Dinge völlig rechtswidrig, Knüppel schwingend den Saal... Absolut unverständlich ist es, dass sich einige Beamte immer noch fragen, warum Menschen wie Kay Diesner auf Polizisten schießen. Bei diesem Verhalten (der Vorfall an diesem Wochenende ist ja kein Einzelfall) sollten sie sich besser fragen, warum die anderen dies nicht machen! ...“

In der Ausgabe Nr. 7 der neo-nationalsozialistischen Schrift „Reichsruf – Nationalrevolutionäres Untergrundblatt“ (die von einem Neonazi aus Rheinland-Pfalz vermutlich verfasst wurde) wird als Reaktion auf die repressiven staatlichen Maßnahmen, deren Höhepunkt das Verbot des „Hamburger Sturm“ gewesen sei, sogar gefordert, den bewaffneten Kampf aus dem Untergrund zu betreiben und damit die gewaltsame Beseitigung des Systems zu erreichen. Der Artikel endet mit der Forderung: „Weg mit dem System!! – Bildet Zellen!! – Wehrt euch!!“

Wenngleich es keine Hinweise auf die Bildung rechtsterroristischer Strukturen gibt, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass Einzelpersonen oder Kleingruppen sich auch zu schwereren Straftaten ermutigt fühlen könnten.

2.6 Rechtsextremismus im Internet

Die Bedeutung der Kommunikationsmedien innerhalb der rechtsextremistischen Szene zur Selbstdarstellung, Mobilisierung und Agitation ist weiter gewachsen.

Während der Einsatz von Mailbox-Verbunden als Vernetzungsmedium als gescheitert anzusehen ist, haben die bundesweit derzeit 13 rechtsextremistischen Info-Telefone (zwei davon in Schleswig-Holstein) eine große Bedeutung als Informations- und Mobilisierungsmedium.

Die sprunghafte Entwicklung der Zahl deutscher rechtsextremistischer Homepages zeigt die Bedeutung des Internet. Während im Vorjahr rund 330 Homepages betrieben wurden, konnten im Jahr 2000 rund 800 aktive Einstellungen festgestellt werden. Inhaltliche Schwerpunkte bilden einschlägige Literatur und Musik, Propagandamaterialien aus dem In- und Ausland, Informationen über rechtsextremistische Organisationen sowie Verzeichnisse weiterer Internet-Inhalte mit einschlägigen Bezügen.

Die Seiten der rechtsextremistischen Parteien und ihrer Jugendorganisationen zeigen deutlich deren politisches Hauptanliegen, das Internet als Sprachrohr und Instrument zur Vereinheitlichung von Parteiaussagen zu nutzen. In Schleswig-Holstein verfügen „Die Republikaner“ sowie die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ über eigene Homepages, die nicht sehr umfangreich sind und lediglich der Kontaktaufnahme dienen. Homepages der Skinhead-Szene bieten neben strafbarer Symbolik und volksverhetzenden Texten vor allem entsprechende Musik im MP3-Format. Diese Software ermöglicht ein Herunterladen zum Herstellen und Verbreiten eigener CDs. Nur wenige Betreiber im Skinhead-Bereich nutzen ihre Einstellungen zur Verbreitung politischer Propaganda. Schwerpunkt ist das szeneverbindende Element der Musik. Das Spektrum reicht von Textveröffentlichungen rechtsextremistischer Skinhead-Bands über Rezensionen von Tonträgern und Informationen über Musikgruppen bis hin zu Bildern von Konzerten. Entsprechende Seiten betreiben die schleswig-holsteinische Skinhead-Band „Freikorps“ (derzeit inaktiv) sowie die Musikgruppe „Holsteiner Jungs“.

Neben diversen Internet-Projekten (Radio-Programme, Online-Diskussionsforen, Versandhandel) des André Goertz aus Halstenbek unterhalten das „Bündnis Rechts“ aus Lübeck sowie der „Club 88“ aus Neumünster (Link auf der Homepage „Nationaler Widerstand“) eigene Homepages. Diese Seiten dienen in erster Linie der Erhöhung des Bekanntheitsgrades und zur Kontaktaufnahme. Politische Aussagen des „Bündnis Rechts“ werden beispielsweise nicht in das Internet eingestellt, sondern sind nur über den Telefonansagedienst abrufbar.

3 Organisationen und unstrukturierte Zusammenschlüsse im Einzelnen

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die NPD setzte im Jahr 2000 ihre Bemühungen um Einbeziehung des latent gewaltbereiten neo-nationalsozialistischen und subkulturellen Protestpotenzials in den von der Partei propagierten „Kampf um die Straße“ fort. Die Partei ist in eine Programmatik abgeglitten, die nationalsozialistische Politikinhalte wieder aufgreift.

Der vom Bundesvorsitzenden Udo Voigt auf dem Bundesparteitag am 18./19. März vorgegebene Kurs, „das Reich ist unser Ziel, die NPD unser Weg“, wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit bestätigt. Bei seiner Wiederwahl konnte Voigt seine Stellung in der Partei eindrucksvoll festigen. Dem neuen Bundesvorstand gehören drei Mitglieder der sich als revolutionäre Kader verstehenden Neonazi-Szene an.

Die Radikalisierung der NPD wurde insbesondere bei dem von der Partei initiierten „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai in Passau deutlich, an dem rund 4.000 zumeist jüngere Personen beteiligt waren. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Holger Apfel bekräftigte den Führungsanspruch der Partei in seiner Eröffnungsrede, in der er die NPD als einzige deutsche Partei der nationalen Erneuerung kennzeichnete und sich gleichzeitig von rechtspopulistischer Phrasendrescherei distanzierte, wie sie etwa bei den „Republikanern“ und der „Deutschen Volksunion“ zu finden sei. Die bis dahin intakte Beziehung der NPD zu den norddeutschen „Freien Nationalisten“ wurde in einem Redebeitrag des Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch deutlich, der die Zusammenarbeit bekräftigte und betonte, dass man die größten Erfolge für Deutschlands Ehre, Freiheit und Frieden gemeinsam errungen habe.

Charakteristisch für die Radikalisierung der NPD war auch ein antisemitischer Redebeitrag des ehemaligen Linksterroristen Horst Mahler. Als 68er habe er den US-Imperialismus bekämpft, jetzt müsse er feststellen, dass nur noch die NPD diesen Kampf fortsetze.

Nach dem Beginn der Verbotsdiskussion hat sich das Verhältnis der Partei zu den Neo-Nationalsozialisten, insbesondere aber zu den „Freien Nationalisten“ in Norddeutschland verschlechtert. Bereits im Frühjahr hatten sich neo-nationalsozialistische Parteiaktivisten in einer innerparteilichen Oppositionsgruppe, die sich später „Revolutionäre Plattform – Aufbruch 2000“ (RPF) nannte, zusammengeschlossen. Die Auseinandersetzung zwischen der RPF und dem NPD-Vorstand, der die Gruppe anfangs offensichtlich unterschätzt hatte, nahm an Schärfe zu, nachdem die NPD vor dem Hintergrund des drohenden Verbotsantrages beschlossen hatte, zunächst von ihrem Dreisäulen-Konzept abzurücken und insbesondere den „Kampf um die Straße“ auszuset-

zen. Die RPF, zu deren maßgeblichen Initiatoren auch der derzeit suspendierte schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Gerg gehört, schreibt in einer Beilage zum „Rundbrief 2000“:

„Der Kampf um die Straße ... findet seinen Ausdruck und Höhepunkt in gewaltigen Aufmärschen. Ein Machtwechsel ist nicht möglich ohne die Straße zu besitzen oder zumindest maßgeblich zu beherrschen.“

Gegen den Willen der NPD-Führung hatte die RPF während dieser Zeit zusammen mit mehreren offensichtlich neo-nationalsozialistisch dominierten Bezirks- und Kreisverbänden, darunter die schleswig-holsteinischen Kreisverbände Lübeck, Neumünster, Segeberg und Kiel, sowie verschiedenen Gruppen so genannter Freier Nationalisten in einem Flugblatt zu einer Großdemonstration am 4. November in Berlin aufgerufen. Hieran nahmen schließlich rund 1.200 Personen, darunter rund 100 aus Schleswig-Holstein, teil.

Der Parteivorstand rückte erst spät wieder von seinem Demonstrationsverbot ab, als er für den 25. November in Berlin zur Demonstration „Argumente statt Verbote – Nein zum NPD-Verbot!“ aufrief. Die Rücknahme der Demonstrationsverbote war vermutlich eine Reaktion auf den Beschluss der Innenministerkonferenz vom 20. Oktober, die sich für einen Verbotsantrag gegen die NPD ausgesprochen hatte. Der Bruch mit Teilen des neo-nationalsozialistischen Lagers wurde dadurch deutlich, dass die „Freien Nationalisten“ um Christian Worch die Demonstration boykottierten. Eine gegenüber vorangegangenen NPD-Demonstrationen weitgehend unveränderte Teilnehmerzahl zeigt, dass die norddeutschen „Freien Nationalisten“ ihren bundesweiten Einfluss auf die Partei möglicherweise überschätzen. In Schleswig-Holstein allerdings gibt es eine deutliche neo-nationalsozialistische Dominanz, die sich im – derzeit suspendierten – Landesvorstand widerspiegelt (siehe dazu unter Nr. II 2.2).

3.2 Neo-Nationalsozialisten

Die an das Gedankengut des Nationalsozialismus am offensichtlichsten anknüpfenden, sich als Kader einer parteiübergreifenden revolutionären Bewegung verstehenden Neo-Nationalsozialisten sind in der rechtsextremistischen Mitgliederstatistik nur eine verhält-

nismäßig kleine Gruppe, der bundesweit rund 2.200 und in Schleswig-Holstein rund 20 Personen zugerechnet werden. Der scheinbare Rückgang zu Vergleichszahlen Mitte der Neunzigerjahre ist auf den Strukturwandel des Rechtsextremismus zurückzuführen. Unterschiede zwischen Neo-Nationalsozialisten, Skinhead-Szene und großen Teilen der NPD sind nahezu bedeutungslos geworden, die Übergänge sind fließend. Aufgrund der in den Jahren 1992 bis 1995 ausgesprochenen Vereinsverbote musste sich die Organisationsstruktur der Neo-Nationalsozialisten verändern. An die Stelle fester Strukturen traten informelle „Kameradschaften“, um sich dem staatlichen Eingriff zu entziehen. Unter der Bezeichnung „Freie Nationalisten“ oder „Nationaler Widerstand“ bildeten sich zahlreiche Kleingruppen, die informell miteinander vernetzt sind und gleichzeitig offener geworden sind für ebenso informell verflochtene subkulturelle Cliquen und für Kooperationsangebote der NPD. Der personelle Austausch zwischen diesen Bereichen lässt ihre gesonderte statistische Erfassung nur noch bedingt zu. Wenngleich es keine Führungshierarchien gibt, üben Aktivisten mit Führungsqualitäten eine Steuerungsfunktion aus. Der derzeit unangefochtene Kopf der Szene in Norddeutschland ist der Hamburger Christian Worch. Die Agitation der Neo-Nationalsozialisten wird gegenwärtig durch das Kräftemessen mit dem demokratischen Rechtsstaat bestimmt. Die eigentlichen rechtsextremistischen Ideologie-Elemente Rassismus, Antisemitismus und Revisionismus treten hinter der alltäglichen Auseinandersetzung mit dem „System“ und seinem „Repressionsapparat“ im Augenblick zurück.

Eine planmäßige zentrale Steuerung der den „Freien Nationalisten“ zuzurechnenden „Kameradschaften“ gibt es nicht. Sie ist auch nicht erforderlich, da über die politischen Ziele weitgehende Übereinstimmung herrscht. Eine gewisse Abstimmung erfolgt in sogenannten Koordinierungstreffen, in denen auch Einzelpersonen von regionaler Bedeutung in Schleswig-Holstein vertreten sind. Einflüsse gehen auch von Druck-Erzeugnissen und elektronischen Medien aus, die unter Kontrolle der führenden „Freien Nationalisten“ aus Hamburg stehen. Hierbei handelt es sich um die inzwischen verbotene Schrift „Hamburger Sturm“, die Zeitschrift „Zentralorgan“, die dazugehörige Internet-Homepage des „Nationalen Widerstandes“ und das dazugehörige „Freie Info-Telefon“ des „Aktionsbüro Norddeutschland“.

Der unmittelbare Einfluss der Hamburger Protagonisten, die die Idee der „Freien Nationalisten“ auch ursprünglich ins Leben gerufen haben, ist im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein zurückgegangen. Die schleswig-holsteinische Szene ist heute weitgehend allein handlungsfähig und nur noch in Einzelfällen insbesondere auf die Rechtsberatung von Worch angewiesen. Dies zeigte sich unter anderem an folgenden Aktionen:

- Am 1. April fand in Hamburg weitgehend ohne die dortigen Aktivisten eine Aktion schleswig-holsteinischer Neonazis und Skinheads gegen die „Deutsche Volksunion“ statt, die an diesem Tag in Hamburg-Neugraben eine Saalveranstaltung durchführte. 30 Personen, die als Besucher an der Veranstaltung teilnahmen, stürmten zur Bühne, riefen Parolen gegen den anwesenden Dr. Frey und verteilten neo-nationalsozialistische Flugblätter, für die das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ sich presserechtlich verantwortlich zeigte.
- Ebenfalls im Wesentlichen ohne Hamburger Beteiligung hatten den „Freien Nationalisten“ zuzurechnende schleswig-holsteinische NPD-Mitglieder einen Infotisch in Hamburg aufgebaut, der durch Linksextremisten zerstört wurde.
- Auf Initiative aus dem Umfeld von Aktivisten der so genannten Kameradschaft Pinneberg wurden in dieser Region im Laufe des Jahres mehrere Veranstaltungen durchgeführt, bei denen die Hamburger Szene nur noch im Wege der allgemein üblichen wechselseitigen Unterstützung bei Veranstaltungen beteiligt war.

Wenngleich die Urheber der „Freien Nationalisten“ sich aus Schleswig-Holstein weitgehend zurückgezogen haben, ist deren ursprüngliche Idee, eine überregional vernetzte „Bewegung“ zu erreichen, in Schleswig-Holstein aufgegangen. Verglichen mit der Situation Mitte der Neunzigerjahre steht der Neo-Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein vor allem aufgrund seiner Verflechtung mit der Skinhead-Szene und der NPD auf einer ungleich breiteren Basis. Das Verhältnis der „Freien Nationalisten“ zur NPD, die immer wieder Parteidisziplin anmahnt, ist gespannt. Bündnisziel der freien Kräfte in Norddeutschland war es von vornherein nur, die durch die staatlichen Organisationsverbote entstandenen Nachteile in der nach außen gerichteten Handlungsfähigkeit aus-

zugleichen. Insbesondere Worch ist nicht bereit, sich den durch den NPD-Parteivorstand vorgegebenen Interessen unterzuordnen. Nachdem er am 8. Juli noch gemeinsam mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Voigt „gegen Anarchobanden und gewalttätige Linksextremisten“ demonstriert hatte, nahm er diese von der NPD initiierte Demonstration zum Anlass, sein Verhältnis zur Partei näher zu definieren. Unter der Überschrift „Chaos im Chaotenviertel“ sprach er von einer tiefgreifenden Störung des Verhältnisses der „Freien Nationalisten“ zur NPD.

Das von der NPD im Herbst wegen des bevorstehenden Verbotsantrages gegen die Partei ausgesprochene Demonstrationsverbot an ihre Mitglieder veranlasste Worch abermals zu Angriffen auf die Partei, indem er ihr Feigheit vorwarf. Im Hinblick auf eine weitere Zusammenarbeit drohte er:

„Es könnte also künftig für Demos der NPD gelten: Die NPD macht Demo – und keiner geht hin ... Oder ein noch interessanteres Szenario. Die NPD will eine Demo machen, und ich melde am gleichen Tag, zur gleichen Stunde am anderen Ende der Stadt eine Demo an. Dann könnten wir ja mal sehen, wer mehr Leute erreicht, die ‚Führungskraft des Nationalen Widerstandes‘, die real existente nationalistische Partei mit ihrem Apparat, auf den sie so stolz ist, oder der Bürger Christian Worch mit nichts anderem als seinem Ruf (auf den er auch stolz ist ...).“

3.3 Subkulturelle Zusammenschlüsse

Mit rund 360 (1999: rund 300) Angehörigen stellen die rechtsextremistisch orientierten Gewaltbereiten den größten Teil der Rechtsextremisten außerhalb der Parteien dar. Dieses Gewaltpotenzial setzt sich überwiegend aus rechtsextremistischen Skinheads zusammen.

Die Skinhead-Szene in Schleswig-Holstein ist unverändert eine strukturarme jugendliche Subkultur, deren regionale Schwerpunkte in Kiel, Neumünster, Lübeck und dem Randgebiet zu Hamburg liegen. Der überwiegende Teil ist lokalen Jugend-Szenen und diffusen Jugend-Cliquen zuzuordnen. Rechtsextremistische Skinheads werden in der Öffentlichkeit überwiegend durch ihre Beteiligung an fremdenfeindlichen Gewalttaten sowie durch Teilnahme an Skinhead-Konzerten wahrgenommen. Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt lassen keine eindeutigen Schlüsse auf eine Zuordnung zur

Skinhead-Szene zu, da auch viele unpolitische Jugendliche ein entsprechendes Erscheinungsbild pflegen. Entscheidend für die Einbindung in die Szene ist vorrangig das Zugehörigkeitsgefühl. Unregelmäßig stattfindende „Skinhead-Partys“, Fußball-Turniere (z. B. am 3. Juni in Kiel) oder Skinhead-Konzerte (z. B. am 25. November in Cismar <Kreis Ostholstein>) dienen als wichtige Treffgelegenheit, um ein Selbstwert- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen.

Bei Skinheads ist die Bereitschaft zu politischen Aktionen wenig ausgeprägt. Gleichwohl werben rechtsextremistische, insbesondere neo-nationalsozialistische Gruppierungen unter ihnen um neue Mitglieder. Sie locken unter anderem mit der Aussicht, auf Demonstrationen die Stärke des „Nationalen Widerstandes“ hautnah erleben zu können. Skinheads zeigen neo-nationalsozialistische Symbole und greifen häufig rechtsextremistische Parolen auf, um ihre Gewaltbereitschaft nach außen zu legitimieren. Sie verfügen aber zumeist nicht über ein ideologisch gefestigtes neo-nationalsozialistisches Weltbild. Ihre durch Alkohol, Gewalt und Skinhead-Musik geprägte Lebensform lässt sich zudem im Regelfall nicht mit den Vorstellungen der Neo-Nationalsozialisten von Disziplin und Ordnung vereinbaren, jedoch sind beide Lager durch rassistische Agitation und latente Gewaltbereitschaft eng miteinander verbunden. In einigen Landesteilen ist eine Vermischung beider Szenen zu beobachten, die eine strikte Trennung schwer oder gar nicht ermöglicht. Die Ideologisierung der Szene ist als fließend zu bezeichnen. Das Spektrum reicht vom bloßen Mitläufer bis zu überzeugten Rassisten. Die Fluktuation ist wegen des allmählichen Herauswachsens aus der Skinhead-Szene groß. Die Zugehörigkeit zur Skinhead-Szene bildet aber teilweise das Sprungbrett für eine spätere Aktivistenrolle bei den Neo-Nationalsozialisten. Beispielhaft für die enge Verflochtenheit der Szenen sind die Teilnahme von Skinheads an den von Neo-Nationalsozialisten organisierten Demonstrationen zum Erhalt des „Club 88“ am 2. und 16. September 2000 in Neumünster sowie die Teilnahme von führenden schleswig-holsteinischen Neo-Nationalsozialisten am „Blood & Honour“-Skinhead-Konzert am 26. Februar 2000 in Klein Gladebrügge (Kreis Segeberg).

Gewaltbereitschaft ist ein wesentliches Merkmal der Skinhead-Szene. Eine Steuerung oder Planung der Begehung von Gewalttaten ist nur in sehr seltenen Fällen erkennbar.

Die Anlässe für Gewalttaten sind meist nichtig, Gewalt oft ein Selbstzweck. In Anlehnung an die neo-nationalsozialistischen „Kameradschaften“ geben sich die lokalen Skinhead-Szenen die Bezeichnung „Kameradschaft“, ohne weitergehende Strukturen innerhalb des Zusammenschlusses festzulegen. Gleichwohl haben sich in der „Kameradschaft“ ein oder mehrere Wortführer etabliert. Die Verwendung des Begriffes „Kameradschaft“ in der subkulturellen Szene ist aber ein Beleg für das Suchen nach Orientierung, Anerkennung und Selbstwertgefühl. Im Jahr 2000 wurden neu gegründete Skinhead-„Kameradschaften“ im Bereich der Kreisgrenze zwischen Dithmarschen und Steinburg, im Kreis Stormarn sowie in Ostholstein bekannt.

Eine besondere Bedeutung kommt der rechtsextremistischen Skinhead-Musik zu, die die noch ungefestigte ideologische Einstellung der Jugendlichen, die sich zur Szene hingezogen fühlen oder ihr bereits angehören, stabilisiert. Sie manifestiert Abgrenzung gegenüber dem „Rest der Gesellschaft“ und schafft für die Szene-Angehörigen ein verbindendes und Identität stiftendes Merkmal, das zugleich Lebensart und Selbstverständnis vermittelt. Am 26. Februar veranstalteten Aktivisten der Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ ein Konzert mit rund 600 Teilnehmern in Klein Gladebrügge (Kreis Segeberg).

Ein weiteres Konzert in Schleswig-Holstein fand am 25. November 2000 im ostholsteinischen Cismar statt. An dem von so genannten Hammer-Skins, einem elitär-politischen Zusammenschluss von Skinheads, organisierten Konzert nahmen rund 170 Besucher teil. Insgesamt fanden im Jahr 2000 in Deutschland 73 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt. 17 weitere geplante Konzerte wurden im Vorfeld verboten oder von den Veranstaltern abgesagt. Damit nahm die Zahl der durchgeführten Konzerte um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr ab. Der rückläufige Trend von 1999 setzte sich somit fort.

Seit dem Sommer 2000 verzeichnen die Sicherheitsbehörden eine neue Tendenz. Die Organisatoren rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte bereiten sich zum Teil gezielt auf Gegenmaßnahmen für den Fall einer polizeilichen Auflösung der Veranstaltung vor. Bei der Auflösung von Konzerten in Niedersachsen bewarfen die Konzertteilnehmer die eingesetzten Polizisten mit Flaschen und Steinen.

Eine deutliche Schwächung, insbesondere bei der Organisation von Konzerten erfuhr die rechtsextremistische Skinhead-Szene durch das am 14. September 2000 vollzogene Verbot der zuletzt rund 240 Mitglieder zählenden „Blood & Honour-Division Deutschland“ sowie deren Jugendorganisation „White Youth“. In der Verbotsverfügung wird unter anderem auf die Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie mittels Skinhead-Musikkonzerten und –Fanzines verwiesen.

Die Musik verbindet die Szene. Konzerte und der Handel mit Musikträgern (CDs, Videos) bilden die Schwerpunkte. Die Motivation der hinter den Vertrieben stehenden Personen ist unterschiedlich: zum Teil ideologisch begründet, größtenteils kommerziell. Die Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten sind nicht im allgemeinen Handel erhältlich und werden in der Regel durch so genannte Fanzines beworben. Neben den bundesweit rund 50 agierenden Vertrieben existieren noch zahlreiche kleinere Ladengeschäfte (z. B. Militaria-Shops) und Einzelanbieter, die sich auf den Verkauf von CDs, insbesondere bei Konzerten, spezialisiert haben. Jährlich erscheinen rund 100 neue Tonträger der zurzeit rund 90 aktiven Skinhead-Bands. In Schleswig-Holstein existieren zurzeit drei Bands mit veröffentlichten CDs. Im Bereich der Vertriebe sind zwei Versandhandel in Halstenbek sowie ein Militaria-Shop in der Nähe von Itzehoe bekannt, die entsprechendes rechtsextremistisches Material anbieten. Verglichen mit anderen Skinhead-Vertrieben in Deutschland spielen diese aber eine untergeordnete Rolle. Zudem bieten Homepages der Skinhead-Szene die Möglichkeit, neben strafbarer Symbolik und volksverhetzenden Texten vor allem entsprechende Musik im so genannten MP3-Format herunterzuladen, um eigene CDs herzustellen und zu verbreiten.

3.4 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Die 1987 als Partei gegründete DVU mit Sitz in München ist in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene die größte rechtsextremistische Organisation mit rund 700 bzw. rund 17.000 Mitgliedern. Die Anhängerschaft setzt sich überwiegend aus Protestwählern zusammen, die aufgrund der aggressiven Werbung der Partei zum Eintritt bewegt wurden. Politische Aktivitäten der DVU waren auch im Jahr 2000 wieder nur im Zusam-

menhang mit Wahlkämpfen erkennbar. Die Partei war bisher nicht in der Lage, Wähler längerfristig an sich zu binden. Selbst in der rechtsextremen Szene stößt der autoritäre und auf den Umsatz seiner Verlagsprodukte ausgerichtete Führungsstil des Vorsitzenden Dr. Frey auf Widerspruch, wie eine Protestaktion am 1. April in Hamburg zeigte (siehe dazu unter Nr. II 3.2). Parteiversammlungen nutzt Frey vor allem dazu, um Abonnenten für seine „National-Zeitung“ und Interessenten für das an Büchertischen ausgelegte Verlagsprogramm zu gewinnen – kostenloser Bustransport zum Versammlungsort wird regelmäßig geboten. Eine wirkliche politische Willensbildung in den Gremien der Partei ist nicht erkennbar. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Parteiagitation sind Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Revisionismus. Zu deren Verbreitung bedient sich Frey in erster Linie seiner „National-Zeitung“.

Auf der politischen Bühne des Landes Schleswig-Holstein war die DVU im Jahr 2000 nicht vertreten. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesvorstandes beteiligte sich der Landesverband nicht an der Landtagswahl. Die Unzufriedenheit der Parteibasis mit dieser Entscheidung wurde dadurch erkennbar, dass einige Mitglieder zu den „Republikanern“ übertraten.

3.5 „Die Republikaner“

Die Mitgliederzahlen der „Republikaner“ waren auch im Jahr 2000 rückläufig. Auf Bundesebene hat die Partei noch etwa 13.000 Mitglieder, in Schleswig-Holstein noch etwa 100. Ein gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien gemäßigt erscheinender Kurs, der vor allem durch den Parteivorsitzenden Schlierer verfolgt wird, konnte die Attraktivität der Partei offensichtlich nicht erhöhen. Die Partei wird seit Jahren durch innerparteilichen Streit um die Richtigkeit des politischen Kurses sowie andauernde Wahlniederlagen geschwächt. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein traten die „Republikaner“ erst gar nicht an. Bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen erreichten sie 1,1 %. Trotz der Abgrenzungsbemühungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen gibt es weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen. Auf Bundesebene werden immer wieder Aktivitäten von Funktionären gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bekannt. Auf Außenwirkung ge-

richtete Aktivitäten des schleswig-holsteinischen Landesverbandes waren im vergangenen Jahr nicht zu erkennen.

3.6 „Bündnis Rechts“ (BR)

Das in Lübeck ansässige BR entfaltete im vergangenen Jahr keine Aktivitäten im Sinne seiner ursprünglichen, auf die Schaffung von Bündnissen gerichteten Ziele. Im Bündnis sind nach wie vor nur wenige Personen aktiv, die ihre rechtsextremistischen politischen Vorstellungen in erster Linie in der vom BR herausgegebenen Publikation „Lübscher Aufklärer“ artikulieren. Darüber hinaus betreibt das Bündnis ein Info-Telefon und eine Internet-Homepage. Obwohl der BR-Vorsitzende Dieter Kern laut „Lübscher Aufklärer“ (Nr. 3/Mai 2000) vor einer feindlichen Übernahme der NPD durch „Freie Nationalisten“ warnte, arbeitet er eng mit diesen zusammen. Das BR ist zwar nicht mehr als eigenständiges Projekt auf der Homepage der „Freien Nationalisten“ angegeben, dennoch nahmen die Aktivisten des BR anlässlich einer Demonstration am 30. September in Lübeck die Unterstützung aus diesen Kreisen an. Als Redner traten Christian Worch, Hamburg, und ein Neo-Nationalsozialist aus Neumünster auf. An der Demonstration nahmen rund 120 Personen der rechtsextremistischen Szene aus Schleswig-Holstein und den benachbarten Ländern teil. Die relativ hohe Teilnehmerzahl dürfte auf eine im Anschluss an die Demonstration durchgeführte „Vier-Jahres-Feier“ des „Club 88“ in Neumünster zurückzuführen sein. Die Verbundenheit des BR mit dem „Club 88“ wird durch einen Artikel von Christian Worch in der Ausgabe Nr. 6 des „Lübschen Aufklärers“ deutlich, in dem dieser seine Bemühungen in Sachen „Club 88“ dokumentiert.

3.7 „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (AfdP)

Zu den weniger bedeutenden rechtsextremistischen Gruppierungen zählt der in Kiel ansässige AfdP. Die von einem ehemaligen DVU-Funktionär angeführte Gruppe bemüht sich seit einigen Jahren erfolglos um stärkere Beachtung. Die Aktivitäten des AfdP beschränken sich weitgehend auf die vereinzelte Durchführung so genannter Wochenendseminare mit Vorträgen – überwiegend in Niedersachsen –, an denen Personen unterschiedlicher rechtsextremistischer Strömungen teilnehmen.

3.8 Personenkreis um André Goertz, Halstenbek

Goertz, Betreiber „Nationaler Info-Telefone“ (NIT) in Schleswig-Holstein, vorübergehend auch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, ist es im Berichtszeitraum nicht gelungen, nennenswerte politische Akzente für die rechtsextremistische Szene zu setzen. Seit Jahren ist der ehemals führende Aktivist der norddeutschen Szene im neonazistischen Lager isoliert. Ursächlich hierfür sind ideologische Differenzen. Goertz forderte Mitte der Neunzigerjahre unter dem Schlagwort „Progressiver Nationalismus“ die Abkehr von eindeutig neonazistischen Agitationsmustern und hat sich damit innerhalb der Szene ausgegrenzt. Mit seinen Attacken im Mai auf das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“, das er als „Norddeutsches NS-Aktionsbündnis“ bezeichnete, und seiner Aussage, dass es sich bei den meisten nicht um Nationalisten handelt, sondern um Skinheads oder „Personen mit Neigung zum NS-Kult“, deren Tätigkeiten sich auf das Demonstrieren und Begehen szeneorientierter interner Feierlichkeiten beschränken, hat er innerhalb der neo-nationalsozialistischen Szene weiter an Einfluss verloren. Neben seinen publizistischen Aktivitäten, die sich seit Oktober auf das NIT in Schleswig-Holstein beschränken, vertreibt er über seinen „Nord-Versand“ Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten.

4 Verlage

Gegenwärtig gibt es in Schleswig-Holstein drei Verlage, die dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen sind. Die größte Bedeutung hat nach wie vor der „ARNDT-Buchdienst/Europa-Buchhandlung“ mit Sitz in Martensrade (Kreis Plön). Über den ihm angeschlossenen Buchdienst „Lesen und Schenken GmbH“ vertreibt er auch aus eigener Produktion Bücher sowie Ton- und Bildträger mit häufig revisionistischem Inhalt.

Geringere Bedeutung haben der in Burg (Kreis Dithmarschen) ansässige „Verlag Tim Schatowitz“, der ebenfalls schwerpunktmäßig revisionistische Literatur vertreibt, und die „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ mit Sitz in Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde), die insbesondere Publikationen des „Verlag Hohe Warte“ anpreist, die das anti-parlamentarisch, rassistisch und antisemitisch geprägte Gedankengut der Mathilde Ludendorff verbreiten. Der auf diesem Gedankengut gründende „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ ist im Berichtsjahr nicht mit Aktivitäten hervorgetreten.

Dem Inhaber des „Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur“ aus Viöl (Kreis Nordfriesland) wurde unwiderrufbar vom Schleswig-Holsteinischen Obergericht die Gewerbeausübung untersagt.

5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1998 bis 2000 *

	1998	1999	2000
NPD/JN	160	200	220
DVU	800	700	700
„Die Republikaner“	120	120	100
Sonstige			
– nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	110	120	50
– überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	40	40	20
Gewaltbereite, insbesondere Skinheads	270	300	360
Gesamt Land	1.500	1.480	1.450
Gesamt Bund	53.600	51.400	50.900

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

Die Diskussion um das eigene Selbstverständnis war auch im Jahr 2000 der Hintergrund, vor dem sich linksextreme Gruppen Handlungsfelder für ihre politischen Vorstellungen zu erschließen versuchten. Die undogmatischen autonomen Zusammenhänge, deren Ziel die „herrschaftsfreie“ Gesellschaft ist, sahen sich dabei immer wieder mit Auseinandersetzungen um eigene hierarchische, „patriarchalische“ und „sexistische“ Strukturen konfrontiert. Gleichwohl darf die von der autonomen Szene ausgehende Gefahr für die Innere Sicherheit nicht unterschätzt werden. Trotz der auch von Szene- Protagonisten wahrgenommenen Schwächephase hat sich das personelle Potenzial dieses gewaltbereiten Spektrums mit bundesweit rund 6.000 Personen (Schleswig-Holstein: 360) kaum verringert. Auch ist der autonomen Szene – wie bereits in den Vorjahren – der weitaus größte Teil der im Berichtsjahr zu verzeichnenden 827 Gewalttaten (einschließlich 139 Widerstandsdelikten) mit linksextremistischem Hintergrund zuzurechnen.

Herausragendes Aktionsfeld des gesamten linksextremistischen Spektrums ist der „Anti-Faschismus-Kampf“ geblieben. Dabei wurde von gewaltbereiten Autonomen vor allem die unmittelbare Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten gesucht, auch um die Polizei – etwa beim Schutz rechtsextremer Demonstrationen – als vermeintlich parteiisch öffentlich vorzuführen.

Bedingt durch die starke öffentliche Thematisierung des Rechtsextremismus haben Linksextremisten ihre in den Vorjahren bestehende dominierende Rolle in diesem Politikfeld verloren. Das starke Engagement von Demokraten in der Bekämpfung des Rechtsextremismus hat zu einer erheblichen Verunsicherung in der autonomen Szene geführt. Im Vordergrund steht dabei die Sorge, vom „System“ vereinnahmt zu werden. In letzter Zeit wurden daher Forderungen laut, sich nicht mehr „auf die Spielregeln“ des Staates einzulassen und anstelle der Teilnahme an breiten gesellschaftlichen Bündnissen wieder verstärkt auf Militanz zu setzen.

Die dogmatische, revolutionär-marxistische Linke spielt heute in Schleswig-Holstein kaum noch eine Rolle. Sie ist im Wesentlichen Umfeld und Partner autonomer Gruppen, wenn es um die Polarisierung sozialer und politischer Verhältnisse zur Aufdeckung der „inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems“ geht.

Angesichts der Wiederaufnahme von Castor-Transporten ist eine Renaissance des ehemaligen Aktionsschwerpunktes „Anti-Atom“ zu erwarten. Hier hat insbesondere der von der Bundesregierung erzielte „Atomkonsens“ zu einer Aufheizung der Stimmung innerhalb des linksextremistischen Protestpotenzials geführt. Im Zusammenhang mit künftigen Atommülltransporten muss daher erneut mit einer Welle von Gewalttaten gerechnet werden, die darauf angelegt sind, die Transportkosten in die Höhe zu treiben, um so einen sofortigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erzwingen.

2 Gewaltbereiter Linksextremismus

2.1 Autonom-anarchistische Szene

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Die militante autonome Szene stellt seit Jahren den weitaus größten Teil der gewaltbereiten Linksextremisten. Mit bundesweit mehr als 6.000 – landesweit rund 360 – Personen ist ihr Potenzial gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Dies zeigt, dass die Szene trotz immer wieder zu verzeichnender Abgänge nach wie vor eine Anziehungskraft auf protestorientierte, vor allem von moralischer Rigorosität geprägte jüngere Menschen ausübt. Dabei spielt der so genannte Anti-Faschismus-Kampf der Szene ersichtlich eine Rolle.

Hochburgen der militanten autonomen Szene sind im Bundesgebiet Berlin, das Rhein-Main-Gebiet und Hamburg. In Schleswig-Holstein liegen die örtlichen Schwerpunkte in Kiel, Lübeck sowie im Hamburger Randgebiet. Mit unterschiedlichen Stärken existieren autonome Gruppen daneben z. B. in Flensburg und Neumünster.

2.1.2 Selbstverständnis und Strategien

2.1.2.1 Ideologische Grundlagen

Die militante autonome Szene hat ihre Wurzeln in der studentischen Protestbewegung, die Ende der Sechzigerjahre in unterschiedliche ideologische Richtungen zerfiel. Neben Befürwortern einer kommunistischen Partei Moskauer, maoistischer oder albanischer Prägung fand zunehmend eine undogmatische Strömung Zulauf, die sich an anarchistischen Grundvorstellungen orientierte und den Marxismus-Leninismus ebenso ablehnte wie politische oder gesellschaftliche Zwänge. Ging es dabei anfangs noch primär um die Verwirklichung eigener Lebensvorstellungen, verbunden mit einer Verweigerungshaltung gegenüber dem „herrschenden System“, so rückte bei der ab Anfang der Achtzigerjahre entstandenen Autonomen-Szene der aktive gewaltorientierte Kampf gegen den Staat immer stärker in den Vordergrund.

Die autonome Szene ist kein homogenes Gebilde, sondern beinhaltet neben einer „traditionellen“, das heißt unstrukturierten und sehr aktionistischen Strömung auch Gruppen, die ein gewisses Maß an Organisation befürworten und den angestrebten revolutionären Prozess planmäßig verfolgen. Hierzu gehört in Schleswig-Holstein die Gruppierung „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ (siehe dazu unter Nr. III 2.1.2.5).

Militante Autonome verfügen über kein einheitliches ideologisches Weltbild. In der Argumentation verwendete linksextremistische Theoreme stellen lediglich eine vordergründige politische Fundierung für Aktionen dar. Aufgrund ihrer Oberflächlichkeit sind die ideologischen Versatzstücke auf diverse Politikfelder übertragbar. Positive Ansätze zur Lösung von Problemen werden dabei nicht entwickelt. Vielmehr beschränkt sich die Agitation der Szene – für Extremisten jeglicher Couleur typisch – überwiegend auf bloße Negationen wie z. B. „Anti-Faschismus“. Dies ist allerdings angesichts des von den Autonomen verfolgten Ziels der Zerschlagung des Staates und der Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ nur konsequent.

2.1.2.2 Strukturen und Vernetzung

Die fehlende ideologische Fundierung der autonomen Szene und ihre Vielschichtigkeit schlagen sich auch in einer Ablehnung verbindlicher Strukturen und Entscheidungsinstanzen nieder. Die grundsätzliche Organisations- und Hierarchiefeindlichkeit schließt jedoch anlassbezogene Kooperationen und Absprachen einschließlich des gezielten und arbeitsteiligen Gewalteinsetzes nicht aus. Eine solche Entwicklung konnte in den vergangenen Jahren vornehmlich im Aktionsfeld „Anti-Faschismus“ beobachtet werden.

Dagegen ergaben sich aus der Unverbindlichkeit autonomer Strukturen Schwierigkeiten bei der Entwicklung und Abstimmung politischer Vorstellungen. Zur Überwindung der Kurzatmigkeit „autonomer Politik“ wurden immer wieder Forderungen nach einer mehr oder minder starken Organisation erhoben. Mit der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ und dem „Bundesweiten Antifa-Treffen“ bestehen bereits seit mehreren Jahren überregionale Organisationsansätze mit jeweils mehreren örtlichen Gruppen. Versuche, deren Einfluss und Akzeptanz weiter auszubauen, hatten jedoch keinen Erfolg. Fehlende Konzepte und interne Streitigkeiten schränken derzeit die Handlungsfähigkeit ein.

Ein weiterer Versuch, Diskrepanzen in der Szene abzubauen und die Zusammenarbeit bundesweit zu verbessern, wird in Form eines „Antifa-Kongresses“ für Ostern 2001 geplant.

In Schleswig-Holstein existieren – abgesehen von der Gruppierung „Avanti“, die über mehrere Ortsgruppen verfügt, – zurzeit keine nennenswerten Organisationsansätze. Autonome Gruppen wie „KAGON“ und „bewegung!“ aus Kiel sowie „Elvira“ aus Neumünster beharren auf ihrer Eigenständigkeit und kommen lediglich zu anlassbezogenen Vorbereitungstreffen, insbesondere im Vorfeld von Demonstrationen, zusammen. Das „Landesweite Antifa-Treffen“, das 1997/1998 als ständige gruppenübergreifende „Szene-Einrichtung“ konzipiert wurde, hat weiter an Bedeutung verloren und hat sich zu einem Gesprächskreis ohne repräsentativen Charakter entwickelt.

Zur Verbreitung von Informationen bedienen sich Autonome neben dem klassischen Mittel der Szene-Zeitschriften, wie z. B. des bundesweit gestreuten Berliner Szene-Blattes „INTERIM“ oder der von schleswig-holsteinischen Gruppen herausgegebenen „Enough is enough!“, seit Jahren zunehmend auch des Internet. Zahlreiche linksextremistische Gruppierungen sind dort mit eigenen Homepages vertreten.

Das Internet dient der Szene neben der Nutzung des E-Mail-Austausches und anderer angebotener Dienste (z. B. „SMS-Verteiler“ als Steuerungsinstrument) vornehmlich zur Selbstdarstellung, als Recherche-Medium insbesondere zur Vorbereitung von Maßnahmen gegen Rechtsextremisten sowie zur ergänzenden Mobilisierung. Trotz seiner gestiegenen Akzeptanz auch in der linksextremistischen Szene hat sich an der Bedeutung von Vorbereitungs- und Abstimmungstreffen allerdings nichts geändert. Gerade auch wegen des Misstrauens von Szene-Angehörigen gegenüber nicht einschätzbaren Kommunikationspartnern werden persönliche Kontakte auch künftig eine entscheidende Rolle spielen. Der Stellenwert des Internet für die linksextremistische Szene darf daher nicht überschätzt werden.

An Bedeutung innerhalb der Szene weiter eingebüßt haben die so genannten Info-Läden. Neben einer im Vergleich zu früheren Jahren geringeren Zahl ist auch ihre Frequentierung rückläufig.

2.1.2.3 Bündnisbestrebungen

Die Bereitschaft der militanten autonomen Szene, mit Kräften des demokratischen Spektrums Aktionsbündnisse einzugehen, hielt auch im Jahr 2000 an. Besonders ausgeprägt, allerdings nicht unumstritten, war dieses Bestreben im Aktionsfeld „Anti-Faschismus“. Hier sieht die Szene bei realistischer Einschätzung ihrer derzeitigen relativen Schwäche die beste Möglichkeit, aus der Isolierung herauszukommen und den „Kampf gegen das System“ zu forcieren. Dabei setzt sie darauf, im Rahmen gemeinsamer Veranstaltungen mit demokratischen Kräften den Staat durch gezielte Aktionen zu Überreaktionen zu verleiten und so die Legitimation staatlichen Handelns insgesamt in Frage zu stellen. Diese Motivation kommt exemplarisch in einem Beitrag der Gruppe

„Avanti“ in der Zeitschrift „LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel“ (Nr. 21/2000) zum Ausdruck, wo betont wird:

„... dass wir in der Verwendung der Begriffe ‚Zivilcourage‘ und ‚ziviler Ungehorsam‘ sowie mit der Propagierung und Organisierung einer eigenständigen antifaschistischen Bewegung einen Ansatz sehen, langfristig sowohl den Bewegungsspielraum der Faschisten einzuschränken als auch Illusionen in die Neutralität des Staates aufzuweichen. Propaganda alleine reicht da nicht. Es bedarf auch der eigenen politischen Erfahrung der Massen – sowohl gegenüber dem Staatsapparat als auch gegenüber dem Opportunismus der Reformisten.“

2.1.2.4 Gewalt als Mittel zur Verfolgung politischer Ziele

Wie bereits seit Jahren ging auch im Berichtsjahr der weitaus größte Teil der registrierten Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund auf das Konto der militanten autonomen Szene. Bei allen Differenzen über politische Inhalte und strategische Ausrichtungen wird der Einsatz von Gewalt als unverzichtbares Element autonomer Politik angesehen.

Soweit bei Aktionen auf die Gewaltanwendung im Einzelfall verzichtet wird, beruht dies auf taktischen Erwägungen, unter anderem auf einem als ungünstig eingeschätzten „Kräfteverhältnis“ insbesondere gegenüber eingesetzten Polizeikräften. Dies ändert jedoch nichts an der hohen Gewaltbereitschaft der autonomen Szene gerade auch gegenüber Polizeibeamten als Repräsentanten des verhassten Systems, die – soweit das Risiko eigener Verluste überschaubar ist – gezielt attackiert werden. In diesem Zusammenhang heißt es in einer in der Berliner Szene-Zeitschrift „INTERIM“ (Nr. 501 vom 4. Mai) abgedruckten Stellungnahme zu den Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin zynisch:

„Viele DemonstrantInnen schaffen es, mal hier und mal da eine Horde Bullen in die Flucht zu schlagen ... 226 verletzte Bullen klingen eindrucksvoll, aber nur 20 gingen ambulant zur Behandlung, die schlimmste Verletzung ein ausgekugelter Arm. Der Rest mit blauen Flecken, das ist halbwegs lächerlich.“

In Schleswig-Holstein waren Polizisten Ziel linksextremistisch motivierter Angriffe unter anderem aus Anlass von Demonstrationen am 16. September in Neumünster und am 21. November in Elmshorn. Glücklicherweise kam es dabei zu keinen schweren Verletzungen.

Gewalt gegen Vertreter des „Repressionsapparates“ fand allerdings nicht nur im Rahmen von Demonstrationen statt. Am 5. Oktober verübten unbekannte, der autonomen Szene zuzurechnende Täter einen Brandanschlag auf die Polizeistation in Bönningstedt (Kreis Pinneberg). Bei diesem wurde zwar im Ergebnis nur geringer Sachschaden verursacht, im Falle einer erfolgreichen Umsetzung des Brandsatzes hätten aber auch Menschenleben gefährdet werden können, da der Stationsleiter mit seiner Familie im selben Gebäude lebt. Einen Tag später bezichtigte sich in einem Schreiben an zwei Lokalzeitungen in Pinneberg eine „Autonome Zelle in Gedenken an Ulrike Meinhof“ der Tat. Sie sollte ein weiterer Versuch sein, das Europa der „Bullen, Banken und Rassisten“ im Rahmen eines „anti-eu-Projektes“ anzugreifen. Die Gruppierung war bereits seit Juni 1999 mit neun Aktionen im Großraum Hamburg in Erscheinung getreten, die sich allerdings hinsichtlich der Anschlagsschwere und der Qualität der Bekenntnisse auf einer eher niedrigen Ebene bewegten. Diese Tatserie belegt in besonderer Weise die enge Verzahnung der autonomen Szene Hamburgs mit der im schleswig-holsteinischen Umland, so dass Ziele und Gewichtigkeit von in Hamburg begangenen Gewalttaten auch für die Lagebewertung in Schleswig-Holstein Bedeutung haben.

Eine Einschüchterung staatlicher Handlungsträger bezweckte auch ein in der Nacht zum 10. März verübter Brandanschlag auf das Auto einer Hamburger Amtsärztin, die unter anderem für die Begutachtung der Abschiebefähigkeit abgelehnter Asylbewerber zuständig ist.

Dass beim gezielten Einsatz von Gewalt auch schwerste Folgen bewusst in Kauf genommen, zum Teil sogar beabsichtigt werden, belegt ein Beitrag in dem Szene-Blatt „INTERIM“ (Nr. 498 vom 30. März), wo unbekannte Autoren die Auffassung vertreten,

„dass es ganz gut tun würde, mal einem Nazi-Schwein in die Beine zu schießen. Ganz abgesehen davon, dass es eine interessante Frage wäre, was wohl passieren würde, wenn Haider erschossen würde. Aber das sind mehr theoretische Gedankenspiele. Kann mensch ja mal drüber nachdenken oder?“

In dem Beitrag wird auch – wieder einmal – die Frage des politischen Mordes aufgegriffen. Einer der Verfasser gibt zu verstehen, er habe sich seinerzeit „mächtig über die Herrhausen-Aktionen“ (gemeint ist die Ermordung des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen, und dessen Fahrer durch die „Rote Armee Fraktion“ am 30. November 1989) gefreut; derzeit sei die Erschießung von Menschen nicht angesagt,

„für die Zukunft kann das jedoch grundsätzlich bei einer Verschärfung der gesellschaftlichen Verhältnisse (wie z. B. Diktatur oder Faschismus) nicht ausgeschlossen werden. Der Zeitpunkt, dieses Mittel anzuwenden, und die Auswahl derer, die zu liquidieren sind, müssen jedoch genau, sehr genau diskutiert werden.“

Der Einsatz massiver Gewalt gegen Personen ist innerhalb der autonomen Szene allerdings nicht unumstritten. Kritische Reaktionen lehnen aber bewusst eine Entsolidarisierung mit den Urhebern exzessiver Gewaltphantasien ab. Vielmehr besteht in der Szene Konsens, dass bezüglich der Mittel in der Bekämpfung des Staates „jeder seinen Weg geht“.

2.1.2.5 Sonderfall „Avanti“

Die Gruppierung „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ wurde 1989 gegründet und verfügt nach eigenen Angaben derzeit über Ortsgruppen in Kiel, Lübeck, Bad Oldesloe, Flensburg, Norderstedt und Hamburg.

Ende 1999/Anfang 2000 gab „Avanti“ ein mehr als 70-seitiges „Grundsatzpapier“ heraus, in dem für „politisch Interessierte“, insbesondere „neue politische Generationen“ (das heißt junge Menschen) politische Standpunkte dargelegt werden. In der Broschüre werden „die herrschenden Verhältnisse“ grundlegend kritisiert, wobei unter Verwendung typischer linksextremistischer Diktion und Begründungsmuster ein angeblicher Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsordnung, Rassismus und „Faschismus“ behauptet wird. Die bürgerliche Demokratie entspreche dem kapitalistischen System auf politischer Ebene, indem sie Interessen der „herrschenden Klasse“ verfolge und so das Funktionieren des Verwertungsprozesses sichere. Daher sei die Überwindung der

Verhältnisse eine Machtfrage, die nicht durch die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten erreicht werden könne, sondern nur gegen den Willen „der herrschenden Klasse“ durch eine „außerparlamentarische Gegenmacht“.

„Avanti“ sieht seine Rolle dabei in der Organisierung und Verbreiterung revolutionärer Kräfte, wobei im Kalkül der Gruppierung der Bündnispolitik eine besondere Aufgabe zukommt:

„Gerade in der defensiven Phase sind revolutionäre Kräfte auf ein Umfeld von – zunächst notwendigerweise reformistischen – Bewegungen angewiesen. Durch gemeinsame Aktivitäten entstehen politische Erfahrungen und Erkenntnisse, die es ermöglichen, in Bewegungen oder Initiativen aktive Menschen für die verbindliche Mitarbeit in einer revolutionären Organisation zu gewinnen.“

Perspektivisch strebt „Avanti“ ein Räteresystem nach dem Vorbild „vorangegangener Revolutionen“ an.

Die politischen Vorstellungen von „Avanti“ sind insgesamt mit wesentlichen Verfassungsgrundsätzen nicht vereinbar. Dies gilt in besonderem Maße für die angestrebte „Rätedemokratie“, die mit der im Grundgesetz festgeschriebenen repräsentativen Demokratie kollidiert und zudem – wegen der Doppelfunktion von Räten kommunistischer Prägung als Legislativ- und Exekutivorgane – gegen den eine freiheitliche Ordnung prägenden Grundsatz der Gewaltenteilung verstößt. Darüber hinaus offenbart das "Grundsatzpapier" ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt, wenn es darin heißt:

„Kann revolutionäre Gewalt gerechtfertigt sein? Sicher ist, dass wir die Gewalt zunächst zutiefst ablehnen... Dennoch haben RevolutionärInnen immer wieder zum Mittel der Gewalt gegriffen. In vielen historischen Situationen halten wir diese Entscheidung für richtig und unvermeidbar ... ob eine künftige Revolution friedlich – oder überwiegend friedlich – verläuft, darüber lässt sich heute nur spekulieren.“

Vor diesem Hintergrund dürften die in dem Papier gleichfalls enthaltenen Bekenntnisse zum politischen Pluralismus und zum „Recht auf eine legale Opposition“ taktisch motiviert sein und das Ziel verfolgen, sich gegenüber „nützlichen“ Bündnispartnern einen pseudo-demokratischen Anstrich zu geben. Gerade für jüngere und politisch unerfahrene Menschen stellt diese Strategie eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar.

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums nimmt „Avanti“ eine Sonderstellung ein. Dies gilt insbesondere wegen

- der im Vergleich zu anderen Gruppen der autonomen Szene stärkeren theoretischen Fundierung,
- der Ablehnung der szenetypischen Unverbindlichkeit und Organisationsfeindlichkeit ,
- der planmäßigen Verfolgung des angestrebten revolutionären Prozesses und im Zusammenhang hiermit
- der starken Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Gruppierungen des demokratischen Spektrums, die an die „Volksfront“-Bestrebungen kommunistischer Organisationen erinnert.

Nach wie vor unter dem Einfluss von „Avanti“ steht das „Lübecker Bündnis gegen Rassismus“.

2.1.3 Aktionsfelder

Autonome streben die Überwindung des Verfassungsstaates durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ an. Um dieses Ziel zu erreichen, engagieren sie sich in einzelnen Politikfeldern, die für sie in besonderem Maße „Unterdrückungsverhältnisse“ symbolisieren und die je nach Aktualität mehr oder weniger intensiv bearbeitet werden. Bereiche wie „Anti-Atomkraft“, „Anti-Militarismus“ und „Anti-Rassismus“ spielten im Berichtsjahr eine eher nebensächliche Rolle, wenngleich insoweit bestehende Widerstandsstrukturen intakt sind und jederzeit aktiviert werden können. Auch der Protest von linksextremistischer Seite gegen die von Juni bis Oktober in Hannover präsentierte Weltausstellung „EXPO 2000“ war entgegen der von Autonomen angestrebten Vehemenz von untergeordneter Bedeutung; eine breite Mobilisierung war nicht zu erreichen. Für die Zukunft könnten die Themen „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“ stärker ins

Blickfeld der revolutionären Linken geraten. Hierauf deutet die Teilnahme auch deutscher Linksextremisten an den gewalttätigen Protesten gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds Ende September in Prag sowie gegen den EU-Gipfel Anfang Dezember in Nizza hin.

Das bedeutendste Aktionsfeld der autonomen Szene ist der „Anti-Faschismus“ geblieben. Bedingt durch die zunehmende Behandlung des Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit verloren Autonome jedoch ihre noch in den Vorjahren bestehende dominante Rolle in diesem Politikfeld.

Der „Antifa-Kampf“ der Linksextremisten richtet sich nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern bezieht den Staat als angeblichen Verantwortlichen in sein Feindbild ein. Dabei sind Polizeibeamte, die das Demonstrationsrecht auch für „Faschisten“ zu schützen und durchzusetzen haben, oft die Leidtragenden. So wurden am 25. November aus Anlass von Aktionen gegen einen Aufmarsch der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ in Berlin nicht nur Personen aus dem rechtsextremistischen Lager tätlich angegriffen und verletzt, sondern auch mehrere Polizisten. Die „antifaschistische Selbsthilfe“ soll die Grenzen überschreiten, die der Rechtsstaat sich gegeben hat und die ihn im Verständnis der Szene zum Komplizen des Rechtsextremismus machen.

Die anhaltend hohe Gewaltbereitschaft in diesem Aktionsfeld wird durch die bundesweite Gewaltzahlen-Entwicklung der letzten Jahre untermauert (mit 300 Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten das gleich hohe Niveau wie im Vorjahr: 299).

Auch innerhalb der schleswig-holsteinischen Szene werden schwere Verletzungen des politischen Gegners in Kauf genommen. Dies belegt die Internet-Homepage der „Antifaschistischen Aktion Eckernförde“. Dort enthält die Abbildung eines Jugendlichen mit einer Steinschleuder den vielsagenden Textzusatz: „Der einzige Grund, bei Nazis mal ein Auge zuzudrücken“.

Autonome betreiben intensive Recherche-Arbeit gegenüber dem rechtsextremistischen Spektrum mit der Zielrichtung, Personen auszuspähen und sie öffentlich zu machen.

Des öfteren ist es zu offenen, aber auch klandestinen Aktionen gegen Betroffene oder deren Eigentum gekommen. So wurden z. B. die Reifen des Pkw eines bekannten Lübecker Rechtsextremisten zerstochen. Auf eine andere Person des rechtsextremistischen Lagers wurde durch das Verteilen von Flugblättern in ihrer Nachbarschaft, dem Verkleben der Wohnungstür und dem Aufstellen einer 3 Meter großen Strohuppe mit Hakenkreuz-Armbinde vor der Haustür sowie der Einflussnahme auf ihren Arbeitgeber mit dem Ziel ihrer Entlassung massiver Druck ausgeübt.

Das starke Engagement von Demokraten in der Bekämpfung des Rechtsextremismus führte zu erheblicher Verunsicherung in der autonomen Szene. Im Vordergrund steht dabei die Sorge, vereinnahmt zu werden. In letzter Zeit wurden daher Forderungen laut, wieder mehr „Profil“ zu zeigen und deutlich zu machen, dass der eigentliche Feind der Staat ist. Innerhalb der schleswig-holsteinischen Szene wurde insbesondere „Avanti“ wegen seiner ausgeprägten Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem demokratischen Spektrum kritisiert. Den Vorwurf der „Anbiederung an den Staat“ konterte „Avanti“ jedoch mit dem Vorhalt, die Szene habe ein „unzureichendes Verständnis von (revolutionärer) Strategie und Taktik“ (aus „LinX“, Nr. 21/2000).

Insgesamt belegen die Äußerungen die gegenwärtig starke Zerstrittenheit der Szene.

2.2 „Anti-Imperialisten“

Auch nach der Auflösung der „Rote Armee Fraktion“ im April 1998 gibt es im Bereich des gewaltbereiten Linksextremismus weiterhin vereinzelte Personenzusammenhänge, die nicht bereit sind, die Option des bewaffneten Kampfes aufzugeben. Eine praktische Umsetzung der in Szene-Teilen angestellten theoretischen Überlegungen zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes ist derzeit nicht erkennbar. Unterhalb dieses Eskalationsniveaus sind aber antiimperialistisch ausgerichtete Gruppen bundesweit, unter anderem auch im Großraum Hamburg, immer wieder mit politisch motivierten Anschlägen in Erscheinung getreten. Dabei wiesen herausgegebene Täterklärungen entsprechend dem für das antiimperialistische Spektrum prägenden Verständnis des Wider-

stands in Europa als Teil eines weltweiten Befreiungskampfes eine starke internationalistische Ausrichtung auf.

Antiiperialistische Zusammenhänge haben in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Die Gründe hierfür liegen unter anderem in ihrer mangelnden Homogenität und in wenig konkreten Zielvorstellungen. Darüber hinaus wurde die in antiiperialistischen Zirkeln bestehende Desillusionierung durch den von der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) nach der Festnahme ihres Vorsitzenden Öcalan vollzogenen Kurswechsel noch verstärkt. Infolge des Bestrebens der PKK, den Kurdistan-Konflikt nunmehr vorrangig mit politischen Mitteln zu lösen, ist ein ehemals prägendes Betätigungsfeld mit der Möglichkeit auch praktischer Anleihen entfallen.

3 „Rote Hilfe e. V.“

Die „Rote Hilfe e. V.“ definiert sich selbst als „parteionabhängige Schutz- und Solidaritätsorganisation“ der gesamten Linken unter bewusster Einbindung von extremistischen und terroristischen Bestrebungen. Sie unterstützt eigenen Angaben zufolge

„nicht alle Opfer des kapitalistischen Systems ..., sondern ... diejenigen, die den Kampf gegen das System aufgenommen haben. ... auch diejenigen, die im Knast ihren politischen Kampf beginnen.“

Der „Roten Hilfe“ gehören bundesweit rund 4.000 Mitglieder an. Sie gliedert sich in Ortsgruppen mit einem Netz von Kontaktadressen, verfügt über einen funktionierenden Informations- und Kommunikationsapparat mit engen Kontakten in die gesamte linksextremistische Szene. In Schleswig-Holstein sind der „Roten Hilfe“ mit den Ortsgruppen in Kiel und Lübeck rund 260 Mitglieder zuzurechnen. Dabei gehört die Ortsgruppe Kiel nach wie vor zu den bundesweit mitgliederstärksten Ortsgruppen. Sie hat allerdings nach dem Fortzug einiger dominanter Aktivisten, der Neuformierung der Redaktion ihres Organs „DIE ROTE HILFE“ und dem Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Kiel nach Göttingen an Einfluss auf die Gesamtorganisation verloren.

Die extremistische Ausrichtung der „Roten Hilfe“ kommt auch in einer Selbstdarstellung der Ortsgruppe Berlin auf deren Internet-Homepage zum Ausdruck:

„Wir haben keine Berührungsängste und arbeiten daher mit allen fortschrittlichen Organisationen und Gruppen zusammen, um die Aktivitäten der Repressionsorgane möglichst ins Leere laufen zu lassen.“

Unter „fortschrittlichen Gruppen“ sind insbesondere auch gewaltbereite Linksextremisten zu verstehen; die Mitglieder der „Roten Hilfe“ rekrutieren sich laut der Internet-Homepage ihres Bundesvorstandes aus „verschiedenen Teilen der Linken“, unter anderem „... KommunistInnen, AnarchistInnen ... (und) Autonome“.

Nicht nur in Schleswig-Holstein gingen von ihr im Vergleich zu früheren Jahren geringere öffentliche Aktivitäten aus. Neben finanziellen Schwierigkeiten lähmte auch der Streit über ihre inhaltliche Ausrichtung. Er wurde durch eine 1999 im Organ „DIE ROTE HILFE“ veröffentlichte positive Bezugnahme auf Aktionen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) ausgelöst. Der Beitrag führte zu heftigen Protesten bis hin zu Austrittsdrohungen. Dem für die Herausgabe der Schrift verantwortlichen Bundesvorstand wurde vorgeworfen, ein „Propagandablatt für die RAF“ erstellt zu haben, das nicht mit dem strömungsübergreifenden Charakter der „Roten Hilfe“ vereinbar sei.

4 Dogmatischer Linksextremismus

Dogmatische Gruppen und Parteien propagieren den Klassenkampf nach marxistisch-leninistischem Vorbild. Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rund 500 Personen, wovon rund 200 der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) zuzurechnen sind.

Die 1968 in der Phase der beginnenden Entspannungspolitik von früheren Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ gegründete DKP war bis zur Wende im Jahre 1989 ein Einflussinstrument der DDR in der Bundesrepublik Deutschland. In der Folgezeit hat die in ideologischer und finanzieller Hinsicht seinerzeit von der SED abhängige Partei stark an Bedeutung und Mitgliedern verloren. Die auch aktuell anhaltende negative Mitgliederentwicklung ist insbesondere auf die starke Überalterung der Partei zurückzuführen. Eigenen Angaben der DKP zufolge sind nur 10 % der Mitglieder jünger als 40 Jahre, demgegenüber liegt der Anteil der älter als 60-Jährigen bei 45 %. Aufgrund der Altersstruktur ist daher künftig ein weiterer Mitgliederschwund zu prognostizieren. In einigen

Parteibezirken, in denen der Altersdurchschnitt mit bis zu 67 Jahren noch über dem ohnehin hohen Bundesdurchschnitt (58 Jahre) liegt, steht mittelfristig sogar der Fortbestand der Organisationsstruktur und damit die bundesweite Präsenz der Partei auf dem Spiel. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der DKP, ihre „politische Eingriffsfähigkeit“ insbesondere in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu erhöhen, unrealistisch.

Mit eigenen Aktionen ist der schleswig-holsteinische Landesverband der DKP im letzten Jahr nicht in Erscheinung getreten. Allerdings zeigt die Partei auch in Schleswig-Holstein keine Berührungsängste, sich an Protestaktionen anderer – auch autonomer – Gruppierungen zu beteiligen in der Hoffnung, so den eigenen Einfluss zu vergrößern.

Zahlreiche Mitglieder der DKP sind in Führungsgremien der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ vertreten.

Zu den weiteren im Lande vorhandenen dogmatisch-linksextremistischen Organisationen gehören unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“, die aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ hervorgegangene „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei der PDS“ sowie trotzkistische Organisationen wie die „Sozialistische Alternative VORAN“ und die „Sozialistische Arbeitergruppe“ mit dem von ihr gesteuerten „Linksruck-Netzwerk“. Im Visier von „Linksruck“ stehen im besonderen Maße junge Menschen, z. B. Schüler, deren Engagement gegen den Rechtsextremismus gezielt für eigene Zwecke genutzt wird. Typisch für die Unterwanderungsstrategie der Trotzkisten wird dabei der extremistische Hintergrund der Organisation verschleiert.

5 Linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten

Die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten betrug für das Jahr 2000 bundesweit 3.173 (Vorjahr: 3.055), die der darin enthaltenen Gewalttaten einschließlich Widerstandsdelikten 827 (Vorjahr: 711).

In Schleswig-Holstein wurden im Jahr 2000 91 (Vorjahr: 122) linksextremistisch motivierte Straftaten, davon 31 Gewalttaten (Vorjahr: 46) erfasst. Der starke Rückgang der Delikte im Lande mag damit zu erklären sein, dass hier besonders herausragende Ereignisse für die extremistische Szene im Gegensatz zum Vorjahr (siehe gewalttätiges Demonstrationsgeschehen wie z. B. am 30. Januar 1999 in Kiel) ausgeblieben sind.

6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1998 bis 2000

	1998	1999	2000
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	610	580	500
Militante Autonome	360	360	360
Gesamt Land	970	940	860
Gesamt Bund	34.700	34.200	33.500

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Überblick

Im Jahr 2000 gehörten in Schleswig-Holstein rund 1.950 Ausländer extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländerorganisationen an. Mit einem Anteil von rund 1 % der ausländischen Wohnbevölkerung im Lande stellen sie unverändert lediglich eine Minderheit dar. Hinzu kommt, dass nicht alle Mitglieder extremistisch beeinflusster Ausländervereine deren Zielsetzung vorbehaltlos unterstützen. Beweggründe für eine Mitgliedschaft in diesen Vereinen sind häufig deren religiöse, kulturelle und sonstige Angebote.

Auffällig war der starke Rückgang an Gewalttaten von bundesweit 391 in 1999 auf 116 im Jahr 2000. Die hohe Zahl der Gewaltakte im Vorjahr war auf die damaligen Aktionen von Anhängern der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) nach der Festnahme ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 bzw. nach der Verkündung des Todesurteils gegen ihn am 29. Juni 1999 zurückzuführen. In Schleswig-Holstein spielt Militanz im Bereich des Ausländerextremismus nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Hier war die Zahl der registrierten Gewalttaten im Vergleich zu den Vorjahren weiter rückläufig (1999: 7; 2000: 2).

Die PKK verfolgte im Berichtsjahr einen gewaltfreien, auf Anerkennung als politische Kraft angelegten Kurs. Entsprechend ihrer im August 1999 eingeleiteten „Friedensstrategie“ verliefen die öffentlichen Aktionen ihrer Anhänger im Bundesgebiet friedlich. Sie waren hauptsächlich darauf gerichtet, die deutsche Öffentlichkeit auf die ungelöste Kurdenfrage und das Schicksal des in der Türkei inhaftierten Vorsitzenden Öcalan aufmerksam zu machen. Die von ihr angekündigte Wandlung von einer durch den militärischen Kampf geprägten Organisation zu einer ausschließlich politisch wirkenden Kraft hat die PKK jedoch noch nicht vollzogen. Trotz ihrer Politik des Gewaltverzichts hält sich die PKK die Option der Rückkehr zum bewaffneten Kampf offen, sollten die erwarteten Zugeständnisse der türkischen Regierung in der Kurdenfrage auf Dauer ausbleiben. Sie bildet mit ihren rund 12.000 Anhängern auch weiterhin ein latentes Gefährdungspotenzial für die Innere Sicherheit Deutschlands.

Die linksextremistischen türkischen Organisationen machten mit einer Vielzahl zum Teil spektakulärer Protest- und Solidaritätsaktionen auf den Hungerstreik von Gesinnungsgenossen in deutschen und türkischen Gefängnissen aufmerksam. Sie verliefen nur vereinzelt unfriedlich. Diese Aktivitäten können jedoch nicht über die organisatorischen Schwierigkeiten linksextremistischer türkischer Gruppierungen hinwegtäuschen.

Von den extrem-nationalistischen Türken gingen keine bedrohlichen Aktivitäten für die Innere Sicherheit Deutschlands aus. Allerdings fielen sie erstmals wieder durch eine aggressive Ausdrucksweise mit rassistischen und nationalistischen Äußerungen in ihren Publikationen auf.

Islamistische Organisationen verfügen weiterhin über das mit Abstand größte Mitgliederpotenzial unter den extremistischen Ausländerorganisationen im Bundesgebiet. Sie wollen die in ihren Heimatländern bestehenden Staats- und Gesellschaftssysteme durch eine auf dem Koran und der Scharia basierende Ordnung ersetzen. Mitgliederstärkste Organisation in diesem Bereich ist nach wie vor die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“. Sie ist bestrebt, sich als Interessenvertreterin aller in Deutschland lebenden Muslime zu präsentieren.

Iranische oppositionelle Gruppen, insbesondere der „Nationale Widerstandsrat Iran“, fielen durch Störaktionen gegen Besuche von Repräsentanten des Irans in Deutschland auf.

Der israelisch-palästinensische Konflikt blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland. Es kam zu zahlreichen anti-israelischen und antisemitischen Protestaktionen seitens palästinensischer und islamistischer Gruppierungen im Bundesgebiet, die auch in Übergriffen auf Synagogen ihren Ausdruck fanden. In Schleswig-Holstein waren keine derartigen Gewaltaktionen zu verzeichnen. Auch für das vielfach befürchtete Zusammenwirken ausländischer anti-israelischer Kräfte mit deutschen Rechtsextremisten gab es keine Belege.

2 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

2.1 Fortsetzung ihres gemäßigten Kurses

Die PKK setzte ihren Mitte 1999 von ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan eingeleiteten „Friedenskurs“ fort. Die neue Parteilinie wurde auf ihrem 7. außerordentlichen Parteikongress im Januar bestätigt. Der Kongress beschloss die Beendigung des bewaffneten Kampfes und die Umwandlung der Partei in eine ausschließlich politisch wirkende Organisation. Entsprechend der neuen Parteistrategie erfolgte eine Umbenennung ihres militärischen Zweiges, der „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“, in „Volksverteidigungskräfte“ und ihres politischen Zweiges, der „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“, in „Kurdische Demokratische Volksunion“. Für den Fall des Scheiterns ihres „Friedenskurses“ hält sich die PKK die Option der Rückkehr zur Gewalt offen. Ihre Führung drohte mehrfach damit, zum bewaffneten Kampf zurückzukehren, sollte die türkische Regierung auf Dauer konkrete Schritte zur Lösung der Kurdenfrage vermissen lassen oder „falsche Schritte“ unternehmen, das heißt, das Todesurteil gegen Öcalan vollstrecken.

Die auf einen Ausgleich mit der Türkei gerichtete politische Linie der PKK stieß teilweise auf heftige Kritik. Mitte des Jahres gründeten kurdische Kritiker der PKK – darunter ehemals hohe Parteifunktionäre – die „Nationale Demokratische Initiative Kurdistan“. Die Träger der „Initiative“ forderten die PKK in einer Erklärung auf, sich dem Einfluss des in der Türkei inhaftierten Öcalan zu entziehen. Öcalan selbst warfen sie darin vor, durch sein Verhalten seit seiner Inhaftierung und den von ihm bestimmten Kurs der PKK gegenüber der türkischen Regierung „Verrat an der kurdischen Nation“ verübt zu haben. Die massive Kritik der „Initiative“ an Öcalan hat bisher aber nicht zu nennenswerten Abspaltungen von der PKK geführt.

Ihr „Friedensprojekt“ sah sie in zunehmendem Maße durch Staaten eines angeblichen „internationalen Komplotts“ gefährdet. Diese Staaten hätten sich das Ziel gesetzt, die PKK als politische Kraft bei der Lösung der Kurdenfrage auszuschalten. Zu den Mäch-

ten des „Komplots“ zählt sie auch Deutschland wegen der von deutschen Behörden gegen ihre Organisation durchgeführten Straf- und Exekutivmaßnahmen.

2.2 Organisation und Anhängerschaft

Die PKK stellt sich weiterhin als eine weitgehend geschlossene und handlungsfähige Organisation dar. Bei ihrer politischen Tätigkeit im Bundesgebiet kann sie auf rund 12.000, landesweit unverändert auf rund 800 Anhänger zurückgreifen. Ihren angekündigten Wandel zu einer Partei mit demokratischer Ausrichtung hat sie noch nicht vollzogen. Die von ihrem 7. Parteikongress beschlossene Öffnung nach außen ist ebenso ausgeblieben wie eine innerorganisatorische Demokratisierung.

Ihre konspirative Ausrichtung und Struktur hat die PKK beibehalten, auch in Schleswig-Holstein. Sie muss auch weiter als Kaderpartei angesehen werden, in der die illegalen Strukturen den politischen Kurs der PKK bestimmen.

2.3 Aktivitäten

Die Aktivitäten der PKK waren hauptsächlich darauf gerichtet, die Öffentlichkeit auf die ungelöste Kurdenfrage und das Schicksal Öcalans aufmerksam zu machen. Entsprechend ihrer „Friedensstrategie“ verliefen die öffentlichen Aktionen ihrer Anhänger im Bundesgebiet ausnahmslos friedlich.

Mit europaweiten Demonstrationen erinnerte die PKK an den ersten Jahrestag der Festnahme Öcalans und seine Verbringung in die Türkei am 15. Februar 1999. Im Mittelpunkt des Gedenktages stand ein Schweigemarsch am 12. Februar 2000 in Straßburg mit rund 15.000 Teilnehmern.

Ihre unter dem Motto „Frieden jetzt – Freiheit für Öcalan“ stehenden Veranstaltungen zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ (21. März) fanden bei ihren Anhängern eine deutlich geringere Resonanz als im Vorjahr. An der jährlich in Kiel stattfindenden „Newroz“-Demonstration beteiligten sich rund 300 Anhänger der PKK. Als Veranstalter trat wiederum die unter Einfluss der PKK stehende „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ in Kiel auf.

Im Juni machte die PKK mit einer europaweit angelegten Kampagne auf den angeblich verschlechterten Gesundheitszustand Öcalans aufmerksam. Der Türkei warf sie vor, durch extreme Haftbedingungen und eine vollkommene Isolierung Öcalans Hinrichtung „auf Raten“ zu vollziehen. Mit der Kampagne wollte sie bessere Haftbedingungen für Öcalan bzw. seine Verlegung in ein anderes Gefängnis in der Türkei erreichen.

Die PKK war weiterhin in der Lage, ihre Anhänger in großer Zahl zu Großveranstaltungen von Kurden im Bundesgebiet zu mobilisieren. Ihre Beteiligung an der unter dem Motto „Weg mit der Todesstrafe – Frieden jetzt – Freiheit für Abdullah“ stehenden Großdemonstration am 24. Juni 2000 in Düsseldorf mit rund 15.000 und am „Internationalen Kurdistan-Festival“ am 2. September 2000 in Köln mit mehr als 50.000 Teilnehmern nutzte sie zur Darstellung ihrer aktuellen Politik.

Mit Kundgebungen, Mahnwachen und der Niederlegung schwarzer Kränze vor diplomatischen Vertretungen der USA, Großbritanniens, Israels, der Türkei und Griechenlands in Deutschland und in anderen europäischen Staaten erinnerte die PKK vom 7. bis 9. Oktober 2000 an die „Vertreibung“ Öcalans aus Syrien (9. Oktober 1998). Sie betrachtet die auf massiven Druck der Türkei erzwungene Ausweisung Öcalans als den Beginn eines „internationalen Komplotts“ gegen ihre Organisation.

Ihre große Solidarität mit Öcalan unterstrich die PKK auch mit einer Großkundgebung am 21. November 2000 in Straßburg mit rund 15.000 Teilnehmern anlässlich des Beginns seines Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Befürchtete Zusammenstöße mit rund 3.000 ebenfalls anwesenden Türken, die das Todesurteil gegen Öcalan befürworteten, blieben aus.

2.4 Straf- und Exekutivmaßnahmen

Die PKK musste weitere Festnahmen, Anklageerhebungen und Verurteilungen von Angehörigen ihrer Organisation hinnehmen. Bei den Festgenommenen handelte es sich überwiegend um mit Haftbefehl gesuchte Gebiets- und Regionsverantwortliche, denen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Strafgesetzbuch und andere

Delikte vorgeworfen wurden. Eine Reihe von Strafprozessen richtete sich gegen Anhänger der PKK, die sich an den schweren Ausschreitungen im Bundesgebiet aus Anlass der Festsetzung Öcalans am 15. Februar 1999 in Kenia und seine Überführung in die Türkei beteiligt hatten.

Am 2. August 2000 begann vor dem Bremer Oberlandesgericht die Hauptverhandlung gegen vier Kurden, die beschuldigt wurden, im August 1999 ein junges kurdisches Paar im Auftrag der PKK ermordet zu haben. Im Rahmen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen hatten sich Anhaltspunkte für eine Verstrickung ihrer Funktionäre in die Morde ergeben. Die Führung der PKK stellte jegliche Verbindung zu dem Mordfall in Abrede.

Wegen der Festnahme ihrer Funktionäre und bundesweiter Durchsuchungsmaßnahmen gegen ihr nahestehende Einrichtungen und Objekte – unter anderem auch in Schleswig-Holstein – geriet Deutschland zunehmend in die Kritik der PKK. Die ihr nahestehende „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ warnte die deutschen Behörden – insbesondere die Staatsanwaltschaften und die Gerichte –, die Geduld der kurdischen Bevölkerung in Deutschland nicht zu sehr zu strapazieren und ihre Sensibilität nicht zu unterschätzen. Es könne auch zu „Kurzschlusshandlungen“ kommen.

3 Linksextremistische türkische Organisationen

Im Gegensatz zur „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) setzen die linksextremistischen türkischen Organisationen wie die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front“ (DHKP-C), die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ und beide Flügel der „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) zur Durchsetzung ihrer revolutionären Ziele weiterhin auf den bewaffneten Kampf in der Türkei. Von Ausnahmen abgesehen verliefen ihre Aktionen im Bundesgebiet dagegen überwiegend gewaltfrei. Mitgliederrückgang, die Aufgabe von Stützpunkten und nachlassende Spendenbereitschaft ihrer Anhänger kennzeichneten den inneren Zustand der Organisationen. Die DHKP-C sah sich zudem durch ihr Betätigungsverbot und Strafverfolgungsmaßnahmen in ihrem Aktionsspielraum in Deutschland beeinträchtigt. Seit 1997 wurden in Deutschland und in anderen europäischen Staaten mehr als ein Dutzend Führungsfunktionäre und Aktivisten der DHKP-C festgenommen und unter anderem wegen Rädelsführer-

schaft bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a Strafgesetzbuch verurteilt. Das Bundesverwaltungsgericht wies am 1. Februar 2000 die Klage der DHKP-C gegen das am 13. August 1998 vom Bundesinnenminister gegen sie verhängte Organisationsverbot ab. Ihr Vereinsverbot ist damit rechtskräftig.

Die linksextremistischen türkischen Organisationen waren dennoch zur Durchführung von Schwerpunktaktionen in der Lage. Ihre Aktivitäten galten in erster Linie der Solidarität mit in Deutschland und der Türkei inhaftierten Gesinnungsgenossen.

Im Januar löste der Hungerstreik eines in Hamburg inhaftierten DHKP-C-Aktivisten im Bundesgebiet eine Vielzahl von Protest- und Solidaritätsaktionen von Anhängern auch anderer linksextremistischer türkischer Organisationen aus. Dabei kam es auch zur kurzfristigen Besetzung von Geschäftsstellen der SPD und der PDS, einer Zeitungsredaktion, des Kölner Doms sowie zu einer Teilblockade einer Autobahn am Grenzübergang zu den Niederlanden. Angehörige der DHKP-C störten zudem am 19. Januar 2000 eine Sitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Eine weitere im April begonnene Kampagne richtete sich gegen die Verlegung „politischer Gefangener“ von größeren Gemeinschafts- in kleinere Zellen in türkischen Hochsicherheitsgefängnissen. Ein in diesem Zusammenhang im Oktober begonnener Hungerstreik in der Türkei inhaftierter Anhänger der DHKP-C und der TKP/ML sowie die im Dezember erfolgte gewaltsame Räumung von 20 Haftanstalten durch türkische Sicherheitskräfte hatten erneut umfangreiche Solidaritätsaktionen linksextremistischer türkischer Organisationen im Bundesgebiet und in anderen europäischen Ländern zur Folge. Neben der Durchführung zahlreicher Demonstrationen „besuchten“ deren Anhänger kurzfristig Parteibüros demokratischer Parteien, das Verwaltungsgebäude der Hamburger Justizbehörde und die „Deutsche PresseAgentur“. Unter Androhung von Selbsttötungen verlangten die Demonstranten dabei mehrfach das Erscheinen von Pressevertretern bzw. die Verbreitung vorbereiteter Presseerklärungen und Resolutionen. Anhänger der DHKP-C störten daneben eine Rede des Bundeskanzlers auf dem Sonderparteitag der SPD am 20. Dezember 2000 in Saarbrücken. In Kiel solidarisierten sich am 22. Dezember 2000 rund 100 Türken und Deutsche auf einer Demonstration mit den „politischen Gefangenen“ in der Türkei.

Abgesehen vom unfriedlichen Verlauf zweier Aktionen gegen türkische Banken in Hannover und Köln und einigen Widerstandshandlungen bei der Räumung besetzter Gebäude hielten sich die linksextremistischen türkischen Organisationen weitgehend an ihre gewaltfreie Protestlinie. Ihnen war in erster Linie daran gelegen, eine Öffentlichkeitswirkung ihrer Aktionen zu erreichen. Der Hungerstreik in türkischen Gefängnissen wurde zwar von der PKK und deutschen Linksextremisten thematisiert, ihre Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen hielt sich jedoch in Grenzen.

4 Islamischer Extremismus

Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag befassen sich die Verfassungsschutzbehörden nicht mit dem Islam als Religion, sondern beobachten lediglich Bestrebungen, die aus dem Islam Machtansprüche ableiten und ihn damit für extremistische politische Ziele instrumentalisieren. Das Politikverständnis von Islamisten muss sich an den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung messen lassen. Dem steht das Grundrecht auf Religionsfreiheit aus Artikel 4 Grundgesetz nicht entgegen. Kern der islamistischen Ideologie ist die Vorstellung, dass staatliche Herrschaft nicht dem Menschen, sondern allein Gott (Allah) zukomme, dessen Wille sich als alleinige, für alle geltende Wahrheit offenbart habe. Ausgehend von diesem Absolutheitsanspruch kollidieren die Vorstellungen von Islamisten mit grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie dem Prinzip der Volkssouveränität, dem Mehrheitsprinzip oder dem Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

In Deutschland leben knapp 3 Millionen Muslime, größtenteils türkischer Herkunft. Nur etwa 31.000 von ihnen sind Mitglieder/Anhänger der im Bundesgebiet tätigen 19 islamisch-extremistischen Organisationen. Berücksichtigt werden muss zudem, dass sich nicht alle Mitglieder mit den Zielsetzungen islamistisch ausgerichteter Organisationen identifizieren. Für eine Mitgliedschaft in diesen Organisationen stehen häufig auch deren religiöse, kulturelle und sonstige Angebote im Vordergrund.

Islamistischen Organisationen gemeinsam ist das Ziel, die in ihren Heimatländern bestehenden Staats- und Gesellschaftssysteme durch eine auf dem Koran und der Scharia (islamisches Rechtssystem) basierende Ordnung zu ersetzen. Darüber hinaus stre-

ben wenigstens einige islamistische Organisationen perspektivisch die weltweite Islamisierung an.

4.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG)

Mit rund 27.000 Mitgliedern ist die IGMG nach wie vor die größte und einflussreichste islamistische Organisation in Deutschland. Sie steht der türkischen „Tugendpartei“, Nachfolgerin der in der Türkei verbotenen islamistischen „Wohlfahrtspartei“, nahe.

Aufschluss über die Ausrichtung der IGMG gibt ein in der „tageszeitung“ vom 3. August veröffentlichtes Interview mit deren Generalsekretär Mehmet Sabri Erbakan. Darin stellt Erbakan das Verhältnis der IGMG zu dem Islamistenführer und früheren türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, seinem Onkel, wie folgt dar:

„Wir müssen unterscheiden zwischen der ‚Milli Görüs‘ als Organisation und ‚Milli Görüs‘ als Bewegung. Als Letzteres wird ‚Milli Görüs‘ in der Literatur als ein Ideal gehandhabt, vergleichbar der Sozialdemokratie und ihrem Verhältnis zu Willy Brandt. Necmettin Erbakan wird als Urheber dieser Idee bezeichnet... Natürlich ist er Führer dieser geistigen Bewegung.“

Diese Äußerung belegt zum einen einmal mehr, dass es sich bei der IGMG um keine lediglich religiöse Organisation handelt, vielmehr werden von ihr vorrangig politische Ziele verfolgt. Darüber hinaus macht sie deutlich, dass die anti-laizistischen, das heißt die Trennung von Staat und Religion ablehnenden Vorstellungen des Necmettin Erbakan den gedanklichen Überbau auch der IGMG als Teil der von ihm initiierten islamistischen Bewegung darstellen. Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die häufigen Besuche von Vertretern der islamistischen türkischen „Tugendpartei“ auf Veranstaltungen der IGMG. Das politische Leitbild der IGMG ist damit eine Staatsordnung, die bis in die rechtliche Ausgestaltung religiös vorgegeben ist und nicht, wie es das Grundgesetz vorsieht, den Bürger und seine politische Entscheidung in den Mittelpunkt stellt.

Obgleich die IGMG nach außen den Eindruck erweckt, eine demokratische Organisation zu sein, legt sie ihre Verbandsstrukturen nicht offen. Ein hierarchischer Aufbau und zentralistische Entscheidungsprozesse bestimmen nach wie vor ihre Verbandstätigkeit.

Kritische Fragen zu ihrer Dominanz in anderen islamischen Organisationen wusste sie zu verhindern bzw. wurden als islamfeindlich abgetan.

Um den insbesondere von den Verfassungsschutzbehörden herausgestellten Anhaltspunkten für eine extremistische Ausrichtung zu begegnen, ist die IGMG in den vergangenen Jahren um ein unangreifbares öffentliches Erscheinungsbild bemüht. Äußerten sich früher Funktionäre der „Milli Görüs“ auch offen anti-westlich und antisemitisch, so gibt sich die IGMG heute gemäßigt und dialogbereit, auch gegenüber Juden. Sie bemüht sich weiterhin, als Ansprechpartner für islamische Belange akzeptiert zu werden. Im Vordergrund ihres Wirkens stehen die Bewahrung und der Ausbau einer „islamischen Identität“ unter den in Deutschland lebenden Muslimen. Sie will ihren Anhängern damit ein dem Islam gemäßes gesellschaftliches Leben ermöglichen. Nach wie vor empfiehlt die IGMG ihren Mitgliedern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit und den Eintritt in politische Parteien. Diese Empfehlung muss bisher noch als Teil einer von ihr verfolgten Strategie zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen im gesellschaftlichen Leben Deutschlands angesehen werden. Inwieweit sich die Organisation unter dem Einfluss jüngerer kritischer Kräfte dem westlichen Verfassungsverständnis annähern kann, wird sich noch erweisen müssen.

Die Bildungsarbeit nimmt weiterhin eine zentrale Rolle in den Aktivitäten der IGMG ein. Dazu unterhält sie Schulungseinrichtungen in Deutschland und im benachbarten Ausland. Das Ziel der Entwicklung einer „muslimischen Identität bei muslimischen Kindern und Jugendlichen“ wurde vom Generalsekretär der IGMG, Erbakan, auf einer Sitzung ihrer Abteilung für geistige und ethnische Führung besonders hervorgehoben.

Den Höhepunkt ihrer Tätigkeit bildete ihre diesjährige Generalversammlung am 3. Juni 2000 im Müngersdorfer Stadion in Köln mit knapp 30.000 Teilnehmern. Prominentester Teilnehmer und Redner war Prof. Necmettin Erbakan. In seiner Rede warf er dem Westen vor, nach Auflösung der Sowjetunion den Islam zum neuen Feind erklärt zu haben.

In Schleswig-Holstein ist die IGMG mit Zweigstellen und ihr angeschlossenen selbständigen türkischen Vereinen in Kiel, Neumünster, Lübeck, Rendsburg und im Hamburger Umland vertreten, denen rund 500 Mitglieder angehören. Wie in den vergangenen Jahren gingen von den Vereinen nur vereinzelt öffentliche Aktionen aus, wie aus Anlass des „Tages der offenen Moschee“ im Oktober. Die IGMG bot sich auch in Schleswig-Holstein über die ihr nahestehende „Islamische Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e. V.“ bei Behörden als Ansprechpartner für die Belange der im Lande lebenden Muslime an, insbesondere in Religionsfragen. Die Religionsgemeinschaft war im Juni unter ihrer maßgeblichen Beteiligung gegründet worden.

4.2 „Kalifatstaat“ - vormalis „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln“

Der als „Kalifatstaat“ auftretende „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln“ mit rund 1.100 Mitgliedern gehört unverändert zu den radikalsten Organisationen des islamistischen Spektrums in Deutschland. In Schleswig-Holstein gehören ihm nur Einzelmitglieder an. Er propagiert unverändert den gewaltsamen Sturz des laizistischen türkischen Staatssystems, an dessen Stelle ein islamischer Gottesstaat treten soll mit dem Endziel der weltweiten Herrschaft des Islam. Demokratie und demokratische Institute werden vom „Kalifatstaat“ als mit dem Islam unvereinbar abgelehnt.

Seine Aktivitäten waren im Jahr 2000 ganz auf den Strafprozess des seit dem 25. März 1999 in Untersuchungshaft befindlichen Verbandsvorsitzenden und selbsternannten „Kalifen“ Metin Kaplan konzentriert. Der Prozess begann am 8. Februar vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Die Staatsanwaltschaft warf ihm Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und öffentliche Aufforderung zu Straftaten vor. Am ersten Verhandlungstag störten rund 50 Anhänger Kaplans den Verfahrensablauf durch „Allah-ist-groß“-Rufe. Das Gericht verhängte mehrere Ordnungsstrafen. Bei einer weiteren Verhandlung am 12. April 2000 kam es erneut zu tumultartigen Szenen. Im Verlauf der angeordneten Räumung des Gerichtssaals wurden mehrere Polizeibeamte verletzt. Die übrigen Protestaktionen von Anhängern des „Kalifatstaates“ gegen die Inhaftierung ihres „Kalifen“ verliefen ohne größere Zwischenfälle, so auch eine Kundgebung am 4.

November 2000 in Düsseldorf mit rund 4.000 Teilnehmern, darunter zahlreiche Frauen und Kinder.

In einer Erklärung zu Beginn seines Prozesses wiederholte Kaplan die ideologischen Grundthesen des „Kalifatstaates“:

„Der Islam ist sowohl Religion als auch Staat!
Der Islam ist niemals mit der Demokratie vereinbar!
Er wird sowohl durch den Koran als auch durch das Schwert
Geltung erlangen.“

Am 15. August erging in dem Prozess das Urteil. Kaplan wurde zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass Kaplan im September 1996 öffentlich zur Tötung eines „Gegenkalifen“ aufgerufen hatte, der im Mai 1997 von Unbekannten in Berlin erschossen worden war. Im Umfeld der Organisation gibt es noch zwei weitere ungeklärte Mordfälle.

Der Strafprozess gegen Kaplan war auch ein regelmäßiges Thema im Verbandsorgan des „Kalifatstaates“ „Ümmet-i Muhammed“. In der Ausgabe vom 24. Februar heißt es dazu, die Soldaten des „Kalifs“ würden eines Tages Rechenschaft verlangen. Der Artikel endet mit dem Ruf:

„Es leben diejenigen, die mit dem Gefühl der Rache leben.
Es lebe die Hölle für die Ungläubigen!
Nieder mit allen Demokratien und allen Demokraten!“

5 Iranische extremistische Oppositionsgruppen

„Nationaler Widerstandsrat Iran“ (NWRI)

Der NWRI ist die bedeutendste iranische Oppositionsgruppierung. Er stellt den politischen Arm der „Volksmodjahedin Iran“ dar, die das iranische Regime vom Irak aus mit gewaltsamen Mitteln bekämpfen. Obwohl der NWRI aufgrund seiner totalitären und undemokratischen Strukturen sowohl von der iranischen Bevölkerung als auch von den im Exil lebenden Iranern zum größten Teil abgelehnt wird, erhebt er den Anspruch, „einzige demokratische Alternative“ zum iranischen Regime zu sein.

Bei seinen Aktivitäten in Deutschland und in anderen europäischen Staaten fiel der NWRI im Jahr 2000 durch von Ausschreitungen begleitete Protest- und Störaktionen seiner Anhänger auf. Anlass dafür waren Besuche und Auftritte von Repräsentanten des Irans in Europa, unter anderem auch in Deutschland. Mit diesen Aktivitäten unternahm der NWRI den Versuch, die durch den iranischen Staatspräsidenten Khatami angestrebte Annäherung an den Westen zu behindern. Herausragende Aktion des NWRI war die maßgebliche Beteiligung an den Protestaktionen oppositioneller iranischer Organisationen gegen den Staatsbesuch Khatamis vom 10. bis 12. Juli 2000 in Deutschland. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen deutscher Behörden sorgten letztlich aber für einen weitgehend störungsfreien Besuchsablauf. Anhänger des NWRI störten am 27. Oktober 2000 auch den Ablauf des „Nationentages des Irans“ auf der Weltausstellung „EXPO 2000“ in Hannover.

Einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten des NWRI in Deutschland stellte seine systematische Spendensammlung dar. Dabei bediente er sich speziell dafür gegründeter Tarnvereine wie der „Flüchtlingshilfe Iran e. V.“ oder dem Verein „Hilfswerk für Kinder e. V.“. Der Verein hatte im Oktober und November auch in einigen Städten Schleswig-Holsteins Spendensammlungen angemeldet.

Die Tätigkeiten der rund 30 Anhänger des NWRI in Schleswig-Holstein beschränkten sich im Wesentlichen auf eine Beteiligung an überregionalen Aktionen der Organisation.

6 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen

Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1998 bis 2000

	1998	1999	2000
Türkische Organisationen			
– linksextremistische Gruppen	120	115	75
– islamisch-extremistische Gruppen	520	515	510
– extrem-nationalistische Gruppen	450	470	470
Kurdische Organisationen	800	800	800

Iranische Organisationen	20	30	30
Arabische Organisationen	50	70	60
Gesamt Land	1.960	2.000	1.945
Gesamt Bund	59.100	59.700	58.800